

Korrespondent

für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer

Herausgegeben vom Verband der Deutschen Buchdrucker

bezugspreis 1 RM. monatlich, nur Postbezug • Das Einzel Exemplar 15 Pf. ohne Porto • Erscheinungstage Mittwoch und Sonnabend • Schriftleitung und Geschäftsstelle: Berlin SW 61, Dreißundstr. 3

68. Jahrgang

Berlin, den 10. September 1930

Nummer 73

Der Aufbau der deutschen Unternehmerverbände

Der Reichsverband der deutschen Industrie hat der Redaktion des „Korrespondent“ eine Berichtigung zu dem in Nr. 61 veröffentlichten Artikel „Reichstagswahlvorbereitung des Unternehmertums“, die wir in Nr. 69 zum Ausdruck bringen, zugehen lassen. Da der größte Teil unserer Kollegen über die Organisationsform des Unternehmertums nicht richtig im Bilde ist, wollen wir, angeregt durch diese „Berichtigung“, versuchen, etwas Licht über diese Angelegenheit zu verbreiten.

Die Arbeitgeberverbände spielen in Deutschland eine außergewöhnliche Rolle. Sie sind die heimlichen Diktatoren der Wirtschaft. Und da die Politik noch nie so eng mit wirtschaftlichen Fragen verflochten war als heute, greift die Wirtschaftsmacht der Arbeitgeberverbände auch auf die Politik über. Sind die deutschen Gewerkschaften im großen und ganzen klar gegliedert und liegt deren Gesicht, Wesen und Organisation jebedermann wie ein offenes Buch vor, so ist bei den Unternehmerverbänden eine Ubersicht und ein Einblick außerordentlich schwer. Der frühere Staatssekretär und ehemalige Sozialdemokrat Dr. August Müller hat vor 24 Jahren eine kleine Broschüre über die Unternehmerverbände geschrieben, wobei er folgendes erwähnt: „Der Geschichtsschreiber der deutschen Unternehmerverbände hat sich bisher noch nicht gefunden. Das liegt aber nicht daran, daß das Thema niemand loht, sondern an der Scheu der Unternehmer, den Theoretikern Einblick in ihre Organisationen zu gewähren. Metaphorische Erörterungen wollen die Unternehmer nicht machen, der öffentlichen Meinung trauen sie nicht, es ist, als empfänden sie, wie berechtigt die Ablehnung so mancher ihrer Methoden und Ziele durch die soziale Wissenschaft sei. So geheißen die Unternehmerverbände im Halbdunkel, und wer über sie schreiben will, empfindet recht bald, wie mangelhaft das Material ist, das der Öffentlichkeit über die Unternehmerverbände zur Verfügung steht. Die Arbeitgeberorganisationen sind heute die wahren geheimen Gesellschaften, schreibt Brentano an Kulemann, und betont den Unterschied zwischen Gewerkschaften und Unternehmerverbänden gegenüber der Öffentlichkeit.“

Wirken also die Gewerkschaften im vollen Licht des Tages, so ist die Tätigkeit der Unternehmerverbände ins Dunkel gehüllt. Über ihre Organisationsform und deren Wirksamkeit liegt der Öffentlichkeit wenig Material vor. Das Jahrbuch der Berufsverbände, das von Zeit zu Zeit von der Reichsarbeitsverwaltung herausgegeben wird, enthält auch nur die notwendigen Angaben. Die wenigsten Unternehmerverbände veröffentlichen etwas über ihren Organisationsstand, die Kasserverhältnisse oder die Tätigkeit ihrer Verbände. Nur die Bereinigung deutscher Arbeitgeberverbände gibt einen Geschäftsbericht heraus. Der letzte umfaßt nicht weniger als 425 Seiten neben 36 Anlagen. Aber auch aus diesem umfangreichen Geschäftsbericht ist kein tieferer Einblick in das weite Gebiet der Unternehmerverbände möglich. Trotz alledem wollen wir den Versuch machen, einige Grundlinien über die Organisation der Unternehmer herauszuarbeiten.

Anfänge und Entwicklung

Die ersten Unternehmerverbände wurden in den sechziger Jahren des vorigen Jahrhunderts errichtet. Der Deutsche Buchdrucker Verein erblickte im Jahre 1869 das Licht der Welt und dürfte als die älteste Unternehmerorganisation angesehen werden. Nach der Krise im Jahre 1873 entstanden eine ganze Reihe von Unternehmervereinigungen. Der bekannteste unter diesen Verbänden ist der Verband Deutscher Eisen- und Stahlindustrieller. Diese Organisation war weniger gegen die Arbeiter, sondern in erster Linie gegen die Regierung gegründet worden. Zweck der Organisation sollte sein, der Idee des Schutzzollens für Eisen- und Stahlprodukte freie Bahn zu schaffen. Den gleichen Zweck für die Gesamtindustrie verfolgte der 1876 gegründete Zentralverband deutscher Industrieller. In den nachfolgenden Jahren und Jahrzehnten entstanden Unternehmerverbände für fast jede Fachgruppe und Industrie. Die meisten wurden aber erst in diesem Jahrhundert errichtet. Die Mehrzahl der Verbände entstand erst im und nach dem Kriege. Vor allem die großen Spitzenorganisationen haben sich erst in den letzten zehn Jahren zu dem entwickelt, was sie heute sind.

Der bereits erwähnte Zentralverband deutscher Industrieller ist als eine der ersten Spitzenorganisationen anzusprechen. Seine ursprüngliche Tätigkeit lag auf wirtschaftspolitischem Gebiet. Der Geschäftsführer dieses Verbandes war der bekannte Scharfmacher Bued. Als dieser im Jahre 1910 von seinem Posten schieb, gebrauchte er auf der Delegiertentagung des obigen Zentralverbandes folgende Worte: „Die jegige Lage stellt den Arbeitgeber vor die Notwendigkeit, sich trotz aller aus erbärmlichen Keinen Motiven herbeigeführten Spaltungen der Industrie fest zusammenzuschließen, um mit unerschütterlichem Willen die Gewerkschaften zu vernichten und niederzuschlagen, oder aber er muß sich unter die Aufsicht der sozialdemokratischen Hezer und Aufrührer und unter die Kontrolle der gewerkschaftlichen Vertrauensleute stellen.“ Diese Worte verraten die Tendenz dieses Verbandes. Da aber der Zentralverband unter der Führung schwerindustrieller Gruppen stand, wurde 1895 der Bund der Industriellen errichtet, der die verarbeitende Industrie umschloß.

Im Jahre 1904 beschloß eine Industriellentagung in Berlin die Errichtung einer neutralen Zentralfstelle und Gründung eines allgemeinen Arbeitgeberverbandes außerhalb der bestehenden Spitzenverbände, also dem Zentralverband deutscher Industrieller und dem Bund der Industriellen. Vorbereitet war diese Aktion durch die im Jahre 1902 gegründete „Deutsche Arbeitgeber-Zeitung“. Am 12. April 1904 wurde die Hauptstelle deutscher Arbeitgeberverbände als eine neue Spitzenorganisation errichtet. Die Geschäftsführung lag in den Händen des später, bereits genannten Herrn Bued. Die Neugründung war eine rein industrielle Organisation. Handwerkerverbände wurden nicht aufgenommen. Neben andern verfolgte die Hauptstelle deutscher Arbeitgeberverbände folgenden Zweck:

- a) Durch Vereinigung der in Deutschland bestehenden oder sich neu bildenden Arbeitgeberverbände die gemeinsamen Interessen der Arbeitgeber gegenüber unberechtigten Anforderungen der Arbeitnehmer zu schützen,
- b) den Schutz der Arbeitswilligen,
- c) die Ausbehnung der Arbeitsnachweise der Arbeitgeber zu fördern,
- d) die Streiklausel nach Möglichkeit durchzuführen,
- e) den Rechtsschutz der Arbeitgeber in Angelegenheiten von grundsätzlicher Bedeutung zu übernehmen.

Dieser Zweck sollte erreicht werden durch Anschluß der bestehenden Arbeitgeberverbände an die Hauptstelle, Gründung neuer Arbeitgeberverbände, Errichtung und Ausgestaltung von Arbeitsnachweisen usw. Diese Gründung ging einigen Unternehmerrgruppen wider den Strich. Der Gesamtverband der Metallindustriellen Deutschlands und andre gingen dazu über, eine Konkurrenzorganisation unter dem Namen Freie Vereinigung von Arbeitgebern und wirtschaftlichen Verbänden zu errichten. Später wurde dieser Name in Verein deutscher Arbeitgeberverbände umgetauft. Die Hauptstelle deutscher Arbeitgeberverbände umfaßte am Schluß des Jahres 1905 61 Verbände, deren Mitglieder 712 000 Arbeiter beschäftigten. Dem Verein deutscher Arbeitgeberverbände waren 20 Verbände mit 950 000 Arbeitern angeschlossen. 1913 wurde die heute noch bestehende Vereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände gegründet, mit dem Zweck, die auseinandertretenden Gruppen wieder zusammenzuführen. Wie man sieht, haben die Unternehmer schon früh versucht, die Waffe der Organisation für ihre Zwecke in Anwendung zu bringen. Bei Kriegsausbruch bestanden für jede Industriebranche mannigfaltige Organisationen, die teils wirtschaftspolitische Ziele hatten, teils reine Arbeitsgeopolitik vertraten oder gemischte Organisationen waren. Der Krieg hat für die deutschen Arbeitgeberorganisationen wie ein warmer Regen gewirkt. Wurden doch von 1915 bis 1918 nicht weniger als 355 Unternehmerverbände gegründet. Die Kriegswirtschaft mit ihren weitestgehenden Aufgaben machte es notwendig, daß die Unternehmer mit dem größten und teils mit dem einzigen Arbeitgeber, dem Staat, Verhandlungen pflegen mußten. Wiewohl handelte es sich um Kriegslieferungen, teilweise ging es um die Auswirkungen des Hindenburg-Programms und was dergleichen Dinge mehr sind.

Nach dem Kriege schlossen die Unternehmerorganisationen wie Pilze aus der Erde. Von 1919 bis 1920 wurden 700 Arbeitgeberverbände errichtet. Als Zweck gab man an, die Belange der einzelnen Industriegruppen und diejenigen

der Unternehmer in der Gesamtheit vor den sozialpolitischen Tendenzen der neueren Zeit zu schützen. Gewiß haben auch die Gewerkschaften einen großen Zustrom an Mitgliedern nach dem Kriege erfahren. Aber weit mehr haben die Unternehmer ihre Organisationen vervollkommen und ausgebaut.

Zweck, Nutzen und Gliederung der Verbände

Die Organisationsgebiete der Unternehmer sind sehr weit gegliedert. Die Zweckbestimmung der einzelnen Organisationen weicht sehr von einander ab. So beschäftigen sich einige mit wirtschaftspolitischen Fragen, worunter verstanden wird: Zollfragen, Steuerfragen, Fragen der Einfuhr und Ausfuhr, Bezug von Rohstoffen, Förderung der Absatzverhältnisse, Verhandlung mit den Behörden, Pflege internationaler Beziehungen, Beobachtung der allgemeinen Staatspolitik und Einwirkung auf dieselbe. Die Spitzenorganisation dieser Richtung ist der Reichsverband der deutschen Industrie. Eine zweite Gruppe der Unternehmerverbände ist als Kampfororganisation auf sozialpolitischem Gebiet aufzufassen. Dazu gehören die reinen Arbeitgeberverbände. Die Spitzenorganisation ist hier die Vereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände. Des ferneren gibt es Vereinigungen der Unternehmer, die sich mit reinen Fach- und Berufsfragen beschäftigen. Wiewohl dienen die einzelnen Unternehmerverbände mehreren Zwecken, was auch zur Folge hat, daß sie mehreren Spitzenorganisationen zugleich angeschlossen sind. Neben diesem allern bestehen die öffentlich-rechtlichen Organisationen, worunter die Industrie- und Handelskammern verstanden werden, die in dem deutschen Industrie- und Handelskammertag als Spitzenorganisation zusammengeschlossen sind. Der deutsche Handwerks- und Gewerkekammertag umschließt die Organisationen der deutschen Handwerker- und Gewerbeverbände. Der deutsche Landwirtschafterrat ist der Spitzenverband der deutschen Landwirtschaftskammern. Mit diesen vielfach überlagerten und verflochtenen Arbeitgeberverbänden ist die Organisation der Unternehmer noch nicht vollständig; denn daneben bestehen noch die zahlreichen Kartelle und Syndikate, von denen es in Deutschland nicht weniger als 3500 geben soll. Zweck und Ziel dieser Verbände dürfte im allgemeinen bekannt sein. Ihre Aufgabe ist es, den Absatz zu vergrößern und die Preisregulierung der Produkte vorzunehmen. Das Regulativ der kapitalistischen Wirtschaft, Angebot und Nachfrage, soll mit Hilfe dieser Organisationen außer Kraft gesetzt werden. Mit letzterer Organisationsrichtung wollen wir uns weiter nicht beschäftigen. Wir fassen zusammen:

Die Spitzenorganisationen der deutschen Arbeitgeberverbände sind:

- a) Zentralausschuß der Unternehmerverbände,
- b) Reichsverband der deutschen Industrie,
- c) Vereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände,
- d) Reichsverband des deutschen Handwerks,
- e) Reichsverband des deutschen Berg- und Hüttenwesens,
- f) Reichsverband der deutschen Landwirtschaft,
- g) Zentralverband des deutschen Großhandels,
- h) Hauptgemeinschaft des deutschen Einzelhandels,
- i) Zentralverband des deutschen Bank- und Bankiergewerbes.

Die wichtigsten Spitzenorganisationen haben wir oben genannt. Sie alle sind im Zentralausschuß der Unternehmerverbände zusammengeschloß. Dieser bildet also die oberste Spitze der gesamten Verbände des Unternehmertums. Mit den wichtigsten Spitzenorganisationen müssen wir uns noch beschäftigen.

Der Reichsverband der deutschen Industrie entstand aus der Vereinigung des Zentralverbandes deutscher Industrieller und dem Bund der Industriellen. Er hat keine Einzelmitglieder, sondern nur Reichs-, Landes- und Einzelverbände zu Mitgliedern. In ihm sind 1469 Reichs-, Landes- und Ortsverbände usw. vereinigt. Außerdem gehören ihm 977 körperschaftliche Mitglieder an, die etwa 2000 Verbände vertreten. Der Reichsverband ist die umfassendste Organisation des Unternehmertums. Die einzelnen Industrie- und Gewerbegruppen haben sich zu Fachgruppen im Reichsverband vereinigt. 33 solcher Fachgruppen bestehen. Zur Fachgruppe Papier- und Veredelungsgewerbe gehören außer der papiererzeugenden Industrie 16 Organisationen des graphischen Gewerbes die die umstehend namentlich aufgeführt sind.

Es dürfte in der ganzen Welt keine Organisation geben, die mit der des Reichsverbandes zu vergleichen ist. Da er eine wirtschaftspolitische Organisation ist, hat er natürlich an den politischen Zuständen das allergrößte Interesse. Ohne der Geschäftsleitung des Reichsverbandes die aktive Unterstützung einzelner bürgerlicher Parteien vorwerfen zu können, kann man aber getrost der Meinung Ausdruck geben, daß die Mitglieder des Reichsverbandes naturgemäß die Wahl bestimmter Parteien fördern helfen.

Die Vereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände bildet die Spitze der sozialpolitisch eingestellten Fachverbände. Die Vereinigung wird gebildet aus 49 Reichsverbänden, 54 Bezirksverbänden, 77 Ortsverbänden und 2829 mittelbar über die Hauptverbände angegliederten Unterverbände. Insgesamt gehören zur Vereinigung 3009 Verbände. Von den Mitgliedern dieser Verbände werden 6 400 000 Arbeiter beschäftigt. Grundsatz der ADA ist, daß jeder Arbeitgeber sowohl sachlich wie gemischt-gewerblich organisiert sein soll. Von den Mitgliedern der Vereinigung angehörenden Verbände waren 1929 doppelt organisiert, also sowohl sachlich wie gemischt-gewerblich: 67,8 Proz., nur regional, aber nicht gleichzeitig sachlich: 9,1 Proz., nur sachlich, aber nicht gleichzeitig regional: 6,8 Proz. Die ADA legt deshalb so großes Gewicht darauf, daß jeder Arbeitgeber doppelt organisiert ist, weil die gemeinsame Verbundenheit dadurch besser betont werden soll. Zwischen ihr und dem Reichsverband bestehen enge Bindungen. Im Geschäftsbericht der ADA für 1927/29 lesen wir hierüber: „Die zwischen dem Reichsverband der Deutschen Industrie und der Vereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände bestehenden engen Bindungen haben sich auf der bestehenden, bereits früher mitgeteilten Grundlage außerordentlich bewährt. Eine fruchtbringende und freundschaftliche Zusammenarbeit zwischen beiden Verbänden ist das Kennzeichen der beiderseitigen Beziehungen. Durch die gewohnheitsmäßig alljährlich stattfindenden gemeinsamen Geschäftsführerkonferenzen ist zweifellos das Verständnis für die Arbeiten und Mäße beider Organisationen bei der Gesamtheit der in beiden Verbänden vereinigten Geschäftsführer vertieft worden.“

Zur ADA können nicht nur Industriegruppen, sondern auch Handwerksverbände gehören. Auch in der ADA ist eine Einteilung nach Berufs- und Gewerbegruppen getroffen. Zur Gruppe Papier- und Briefverfertigung gehören u. a.:

- Arbeitgeberverband papierverarbeitender Industriellen, Reichsverband der Papier- und Feintartogenindustriellen
- Deutscher Buchdrucker-Verein,
- Verband deutscher Buchbindereibesitzer,
- Verein deutscher Schriftgießereien,
- Verband der Steindruckereibesitzer, Abteilung Schulverlag

Der Deutsche Buchdrucker-Verein ist sowohl im Vorstand der ADA, als auch im Hauptauschuß derselben vertreten. Vertreter in beiden Körperschaften ist der Buchdruckerbesitzer Frisch (Berlin). Man sieht also, daß zwischen der Spitzenorganisation der deutschen Arbeitgeberverbände und dem graphischen Gewerbe sehr enge Verbindungen bestehen. Der Deutsche Buchdrucker-Verein spielt dabei eine nicht geringe Rolle. Interessant ist es, daß dieser neben dem Reichsverband der deutschen Industrie auch dem Reichsverband des deutschen Handwerks angeschlossen ist. Neben dem Deutschen Buchdrucker-Verein gehört der Spitzenorganisation des Handwerks noch der Bund deutscher Buchbinder-Vereine an.

Die Spitzenorganisation aller Unternehmerverbände ist der Zentralauschuß der Unternehmerverbände. Eine gleichartige Organisation ist bei den Gewerkschaften nicht vorhanden. Der Zweck des Zentralauschusses ist u. a.: „Die geschlossene Wahrnehmung der gemeinsamen Interessen der deutschen Unternehmerschaft und einheitliche Abwehr aller gegen sie gerichteten Bestrebungen.“ Der Zentralauschuß wird gebildet von den 13 Spitzenorganisationen der Industrie, der Landwirtschaft, des Handels, der Banken, des Verkehrs und der Versicherungsgesellschaften. Unter sonstigen Verbänden gehört dem Zentralauschuß der Hansa-Bund an. Über die Tätigkeit des Zentralauschusses ist bisher in der Öffentlichkeit nichts bekannt geworden. Noch mehr als über die übrigen Verbände ist über diese Spitze der Spitzen ein geheimnisvolles Dunkel gebreitet.

Die Arbeitgeberverbände des graphischen Gewerbes

Für das graphische Gewerbe gibt es eine ganze Reihe Arbeitgeberverbände. Wir nennen folgende:

- Deutscher Buchdrucker-Verein, Berlin,
- Verband Deutscher Steindruckereibesitzer, Leipzig,
- Verband Deutscher Steindruckereibesitzer, Abteilung Schulverlag, Berlin,
- Verein Deutscher Zeitungsverleger, Berlin,
- Verein Deutscher Gesangbuchfabrikanten, Schleiß,
- Deutscher Verleger-Verein, Berlin,
- Verein der Notendruckereien, Leipzig,
- Bund der Galvano- und der Stereotypenanstalten, Dresden,
- Bund der chemographischen Anstalten und Kupferdruckereien, Berlin,
- Bund der Zyllographischen Anstalten Deutschlands, Berlin,
- Verband Deutscher Lichtdruckereibesitzer, Berlin,
- Vereinigte Kalenderfabriken G. m. b. H., Hamburg,
- Vereinigung der Kunstpostkartenverleger, Berlin,
- Verein Deutscher Schriftgießereien, Leipzig,
- Verein Deutscher Matrizenfabrikanten, Berlin,
- Vereinigung westdeutscher Gesangbuchfabrikanten, Reuelaar,

- Zentralverband Deutscher Kartonagenfabrikanten, Berlin,
- Reichsverband der Eis- und Feintartogenindustrie, Berlin,
- Vereinigung Deutscher Fabrikanten pharmazeutischer Kartonagen, Kassel,
- Verband Deutscher Lüten- und Seilsfabrikanten, Södingen,
- Verband Deutscher Briefumschlag-Fabrikanten, Berlin,
- Bund Deutscher Buchbinder-Vereine, Berlin,
- Verband Deutscher Buchbindereibesitzer, Leipzig,
- Reichsverband der Buchbindereien, M. Gladbach,
- Verband Deutscher Geschäftsbücher-Fabrikanten, Berlin,
- Brief-Ordnerkonvention, Charlottenburg,
- Zeichenlenkmittel-Vereinigung, Berlin,
- Verband Deutscher Schreibzettel-Fabrikanten, Berlin,
- Verband Deutscher Eisenbahnfahrkarten-Fabrikanten, Berlin,
- Verband der Deutschen Spielkarten-Fabrikanten, Altenburg,

Sicher ein vielseitiges Organisationsbild.

Wir haben nun versucht, über die verschiedenen Organisationsrichtungen der deutschen Unternehmerverbände ein zusammenfassendes Bild zu geben. Es ist nicht leicht, sich in diesem Gewirr von Organisationen und Verbänden verschiedener Art zurechtzufinden. Trotz allem sollte die Arbeiterschaft daraus den Schluß ziehen, daß die Unternehmer viel stärker, fester und inniger organisatorisch verbunden sind als die Arbeiterschaft. Von den Unternehmern wird das Gegenteil behauptet. Ein einfacher Blick lehrt aber, daß die Unternehmer in der organisatorischen Verantwortung der gegenseitigen Interessen weit voraus sind. Wenn der Deutsche Buchdrucker-Verein sowohl zum Reichsverband der Deutschen Industrie als auch zur Vereinigung deutscher Arbeitgeberverbände und zum Reichsverband des deutschen Handwerks gehört, so besagt dies, daß die Unternehmerorganisation des Buchdruckerwesens im Falle der Gefahr von allen Seiten Hilfe und Unterstützung findet. Scheinbar hat der Buchdruckerverband es nur mit dem Buchdrucker-Verein zu tun, in Wirklichkeit muß er aber gegen die Gesamtunternehmerschaft kämpfen. Um den Mitgliedern dies recht deutlich vor Augen zu führen, haben wir es unternommen, Aufbau, Form und Zweck der Organisationsmacht der Unternehmerverbände zu schildern. Die notwendigen Schlussfolgerungen daraus zu ziehen, dürfte für die Kollegen nicht schwer sein.

Ausshußsichtigung des Bildungsverbandes

Am 25. 26. und 27. August tagte in der „Stadthalle“ zu Magdeburg der Verbandsauschuß des Bildungsverbandes der Deutschen Buchdrucker. Den Auftakt zu der Tagung gab am Sonntag eine Begrüßungsversammlung und das Sitzungsfest des Verbandsauschußes Magdeburg, mit dem ein Begrüßungsabend verbunden war. Am Montag, früh 8 Uhr, eröffnete Kollege Dr. Lohr (Berlin) die Verbandsausshußsitzung. Am 26. August, Kreisvorsitzende, 16. Vorstandsmittglieder und eine Anzahl Gäste erschienen hatten.

Zum Wort an das Reich ist vermehrt Kollege Dreßler zunächst auf die gedruckten Jahresberichte 1928 und 1929, die er in längeren Ausführungen ergänzte. Er erwähnte die gegenseitige Vertretung in den Vorständen des Verbandes und des Bildungsverbandes, die seit Ende vorigen Jahres vollzogen ist. Er nahm auch Bezug auf die Vorstandssitzung des Reichsvereins der Lehrer für die Graphischen Gewerbe, in der Richtlinien für das Prüfungswesen im Buchdrucker-Gewerbe aufgestellt wurden. Die Richtlinien sind inzwischen fertiggestellt; aber leider sind sie noch nicht von den wirtschaftlichen Organisationen des Gewerbes geprüft worden, obwohl sie von den Fachauschüssen stark begehrt werden. Zur Belebung der Ortsgruppen wurden längere Vortragstouren veranstaltet, Wettbewerbe ausgeschrieben und öffentliche Ausstellungen durchgeführt. Kollege Dreßler ging dann noch auf Fragen über die Einrichtungen des Bildungsverbandes ein, die in den besonderen Tagesordnungspunkten wiederkehrten. Besonders erwähnte er den von den Prinzipalen in letzter Zeit immer stärker erstrebten Abbau der überzähligen Entlohnung. Dieser Leistungsbau fördert bestimmt nicht den Willen zur beruflichen Fortbildung bei der Gefühlslosigkeit. Das kam auch auf der Tagung durch einstimmige Annahme folgender Entschlüsse zum Ausdruck:

In unermüdlichem Schaffen hat der Bildungsverband der Deutschen Buchdrucker in jahrelanger Arbeit an der beruflichen Fortbildung der Gefühlslosigkeit zum Besten des gesamten Gewerbes gewirkt. Der Erfolg dieser Arbeit kommt zum Ausdruck in der bis ins höchste gesteigerten Qualität des Druckerzeugnisses. Um so unverständlicher erscheint es der am 25. 26. und 27. August 1930 tagenden Konferenz der Kreisvorsitzenden des Bildungsverbandes der Deutschen Buchdrucker, daß die Buchdruckerunternehmer in jüngerer Zeit daran gehen, die Löhne abzubauen, wodurch die vom Bildungsverband geförderte Berufsbildung in Arbeitsunlust verwandelt wird. Die Konferenz bedeutet die Kurzsichtigkeit der Unternehmer, weil sie der Auffassung ist, daß der wirtschaftliche Aufstieg nur durch Qualitätsarbeit bewirkt werden kann.

Bei den Berichten über die Buchergilde machte Dreßler die Mitteilung von der Wirtschaftskrise, die sich für die Gilde im ersten Vierteljahr noch nicht so stark bemerkbar machte — die Eintritts überzogen immer noch die Ausritte —, sie trat im zweiten Vierteljahr jedoch stärker in Erscheinung. Dennoch liegt ihre Mitgliederzahl auf 72 000. Bei der Besprechung über die Zugehörigkeit der nicht dem Verband der Deutschen Buchdrucker angehörenden Mitglieder wurde gewünscht, daß auf dem nächsten jährigen Vertretertag des Bildungsverbandes der § 3 der Satzung einer Änderung unterzogen werden soll. Ebenso wurde ge-

wünscht, daß den Mitgliedern des Verbandes der Deutschen Buchdrucker unterlag werden solle, Organisationen anzugehören, die im bewußten Gegensatz zum Bildungsverband der Deutschen Buchdrucker stehen.

Dem Bericht des Vorstandes folgte der Bericht der Hauptkassse und der werbenden Unternehmen. Auch hier konnte auf die gedruckten und im „Korrespondent“ schon besprochenen Jahresberichte hingewiesen werden. Für Fortbildungszwecke wurden einschließlich der Aufwendungen in den Kreisen rund 60 000 M. im vorigen Jahr aufgebracht, gewiß eine beachtenswerte Leistung. Die Zeitschriften litten naturgemäß unter der Wirtschaftskrise, der arbeitslose Gehilfe ist eben nicht mehr in der Lage, seine Fachzeitschriften weiter zu beziehen. Leider konnte der Wunsch der arbeitslosen Mitglieder, die Zeitschriften umsonst zu erhalten, nicht erfüllt werden, da bei über 2000 fonditionslosen Mitgliedern Ausgaben nötig werden, die der Bildungsverband der Deutschen Buchdrucker nicht tragen kann. Eine Erhöhung des Bezugspreises für die arbeitenden Mitglieder würde in der heutigen Zeit nicht verstanden werden.

Der „Jungbuchdrucker“ erforderte auch im Jahr 1929 einen Zufluß von rund 2500 M. Er ist aus dem niedrigen Bezugspreis von 15 Pf. je Monat, von dem noch 4 Pf. Postbestellgeld abgehen, zu erklären.

Die Qualität der Fachzeitschriften des Bildungsverbandes der Deutschen Buchdrucker veranlaßte maßgebende Firmen des graphischen Gewerbes, ihnen Anzeigen zu überweisen. Das erregte den Brokeid einiger Fachblätter, die nun den Reichsverband der Deutschen Industrie bemühten und ihn um „Befämpfung der Inseratenwerbung durch die Sozialdemokratie“ baten. Obwohl die Zeitschriften des Bildungsverbandes der Deutschen Buchdrucker nicht von den Inseraten abhängig sind, erklärte die Tagung in dem Borgehen doch eine Zurechtweisung der öffentlichen Meinung, die um so mehr zu verurteilen ist, als dieselben Zeitschriften bei der Werbung nicht nach der Gesinnung fragen und sich nicht scheuen, die Mitglieder des Bildungsverbandes der Deutschen Buchdrucker zu Mitarbeitern zu gewinnen. In den meisten Fällen ist dies Bemühen allerdings erfolglos.

Die Verlesung hatte ebenfalls unter den Zeitverhältnissen zu leiden. Die Fachbücher- und Werkzeugabteilung ging etwas zurück, dagegen konnte durch Zusammenarbeit mit der Verlagsgesellschaft des DGB, der Vertrieb der Arbeitsrechts- und Gewerkschaftsliteratur erweitert werden. Im vorigen Jahr erschienen etwa über 100 Fachbücher. Einen guten Absatz fand der Buchdruckerkalender. In letzter Zeit wurden als neue Verkaufsmittel Lichtbild- und Photoapparate ausgenommen. Die auswärtigen Verkaufsstellen des Verlages stehen ständig unter der Kontrolle der Ortsgruppen.

In der Aufsichtsrats-über die Berichte wurde bedauert, daß die Kollegen bei der Anschaffung von Fachbüchern oft durch günstige Bepreisungen in den Fachzeitschriften irreführt werden. Gewünscht wurde ferner, daß die Bepreisungen der Kalender und Neujahrskarten eingeschränkt werden sollten. Sie finden nur wenig Beachtung und haben in der jetzigen Form keinen praktischen Nutzen für die Kollegen. Die Förderung einiger Kreisvorsitzenden, den „Graphischen Betrieb“ nur an Mitglieder zum Mitgliederpreis abzugeben, fand keine Gegenliebe. Vielmehr wurde gewünscht, den „Graphischen Betrieb“ noch mehr als bisher den Spartenmitgliedern zum Bezug zu empfehlen. Mancher Bezahler könnte dann noch als Mitglied gewonnen werden. Zur besseren Werbung unter den Verbandsmittgliedern wurde empfohlen, nach Verständigung mit den Bezirksvorsitzenden möglichst in jeder Bezirksversammlung einen technischen oder allgemeinbildenden Vortrag zu halten. Eine festere Zusammenarbeit mit den Vorständen des Verbandes der Deutschen Buchdrucker wurde als dringend bezeichnet. Die gegenseitige Vertretung, die sich jetzt in den Hauptvorständen sehr wohltuend auswirkt, muß auch auf die Gau-, Bezirks- und Ortsvereinsvorstände übertragen werden.

Zum Punkt Kreisangelegenheiten referierte als erster Redner Kollege Reinhardt (Stuttgart) über die Kreisarbeit. Den Kreisen falle die meiste Kleinarbeit zu, die sich dann zu Erfolgen in der Gesamtorganisation ausweitere. Der Bestand einer Ortsgruppe hänge oft von einer Person ab, deshalb müsse bei der Wahl von Ortsgruppenvorständen größte Sorgfalt walten. Die Rundsendungen sind das Rückgrat der Kreise. Das Material für sie müßte die Ortsgruppen und die Zentrale aufbringen. Die Vortragabend könnten durch gute, kurze Referate unterstützt werden, zu denen geeignete Kollegen heranzuziehen sind. Gutes Material für Vorträge ergibt sich auch aus den Wettbewerben und vor allem aus den Ergebnissen der Kurse, die mit Arbeiten anderer Kreise ausgetauscht sind. Der Redner empfahl, nicht nur Kollegen aus der Großstadt in die Provinz zu schicken, sondern auch umgekehrt Provinzkollegen in der Großstadt sprechen zu lassen. Der Provinzkollege verfüge heute meist über ein vielseitiges Wissen, der Großstadtkollege neige dagegen oft zur Einseitigkeit. Auch das Lichtbild müßte mehr als Bildungsmittel herangezogen werden. Leider seien die Ortsgruppen nur in wenigen Fällen mit Apparaten versehen. Hier müsse mehr Fühlung mit den anderen Arbeiterorganisationen, Kartellen, Sportvereinen, Konsumvereinen usw. gesucht werden. Das jetzt übliche Forumverweilen des Anschauungsmaterials ist ungewöhnlich. In den Stützpunkten sollen die veralteten Schlagmethoden durch andere Arbeitsweisen ersetzt werden; heute wird gefehlt, kombiniert und zusammengekehrt. Bei Wettbewerben muß auch die Textgestaltung beachtet werden, die mit Gegenstand des Ausschreibens sein sollte. Die Normierungsbemühungen

dürfen nicht übertrieben werden. Der Referent gab noch Hinweise, wie das Leben in den kleinen Orten durch den Kreis gefördert werden kann. Er erinnerte daran, daß auch die Lehrlinge zu den Veranstaltungen eingeladen werden sollen. Aus ihren Reihen müssen die künftigen Mitglieder gewonnen werden. Gesellige Veranstaltungen stärken das kollegiale Zusammengehörigkeitsgefühl. Bei Aufstellung der Arbeitsprogramme muß auch Fühlung mit den Nachbarortgruppen genommen werden.

Über die Schulung der Ortsgruppen durch die Kreise sprach Kollege Grote (Leipzig). Einzelschulung oder Massenschulung? laute heute die Frage. Der Leipziger Wochenkurs im Mai dieses Jahres habe darauf schon die Antwort gegeben. Wir dürfen nicht nur einzelne Kollegen zu tüchtigen Berufsmenschen erziehen, sondern müssen Berufsbildung für alle Kollegen pflegen. Wir dürfen auch nicht nur berufliche Fortbildung treiben, sondern müssen die Erziehung zum Menschen zum Ziel haben. Die geistige Struktur des Arbeiters verlange nach einer Vertiefung des Berufs- und Allgemeinwissens. Leider sei aber in unserem Beruf das Bildungswesen arg zersplittert. Es wird viel doppelt geschrieben und nebeneinander, statt miteinander gearbeitet. Die Fortbildungsmöglichkeiten in unserem Beruf seien übersteigert. Die Freizeit des Arbeiters, die zu seiner geistigen und körperlichen Erholung geschaffen sei, werde heute vielfach mißbraucht. Sport treiben verhältnismäßig wenig Kollegen, die meisten sympathisieren nur mit ihm und spielen Zuschauer. Aus diesen Reihen können wir unsere Mitgliederkreise noch stärken. Den Arbeitslosen muß mehr Gelegenheit zur Fortbildung gegeben werden, damit sie für den Beruf nicht unbrauchbar werden. Die teilweise schlechten Erfahrungen mit den kollegialen Arbeitslosenkursen mögen zum Teil an der Einrichtung der Kurse liegen, zum größeren Teil aber ist die Glendstimmung schuld, in der sich die Arbeitslosen ständig befinden. Der Referent machte in seinen weiteren Ausführungen Vorschläge für den Ausbau der Ortsgruppenveranstaltungen und für die Schulung der Mitglieder. Er stellte dabei die kollegiale und kameradschaftliche Zusammenarbeit zwischen den Mitgliedern, Kursleitern und Vorständen in den Vordergrund. Auch die Kreisvorsitzenden müssen Pädagogen und Psychologen sein. Großer Wert muß auf die Bearbeitung der kleinen Druckorte und Ortsgruppen gelegt werden. In Verbindung mit dem Verband müssen überall werbende Vorträge gehalten werden. (Wie ein wirkungsvoller Werbevortrag gehalten werden kann, führte der Redner in einem Filmband vor.) Die Vortrags- und Kursarbeit des Kreises Leipzig habe gute Erfolge gebracht; in einer Reihe von Orten wurden nicht nur Vorträge gehalten, sondern auch an je zehn Abenden oder Sonntagvormittagen regelmäßige Kurse veranstaltet. Auf diese Weise wirkte der Kreis bis in die kleinsten Orte. Die Wochenendkurse seien eine neue Erfindung; sie müssen weiter gepflegt werden. Der Kreis Leipzig würde im nächsten Jahr den Versuch in Gera wiederholen. In den Ortsgruppen müssen auch Jugend- und Lehrlingsfragen behandelt werden. Das Schulproblem darf nicht übergangen werden. Öffentliche Ausstellungen fördern ebenfalls unsere Organisation.

Über die Bezirkseinteilung der Kreise sprach Kollege Leidinger (Münberg). Die Bearbeitung der Ortsgruppen in den Kreisen sei oft wegen der räumlichen Entfernung sehr schwierig. Hier müsse durch bezirksweise Zusammenziehung benachbarter Ortsgruppen eine bewegliche und lebendige Kreisarbeit einsehen. Die Versammlungen der Bezirke können, wie das schon vom Vorredner vorgeschlagen wurde, in Verbindung mit den Verbandssammlungen abgehalten, sie können aber auch selbständig einberufen werden. In diesem Falle empfiehlt es sich, den Mitgliedern einen Fahrtkostenzuschuß zu gewähren. Im Kreis Münberg habe sich diese Methode sehr bewährt; das Verhältnis der Bildungsverbandsmitglieder zu den Verbandsmitgliedern habe sich zahlenmäßig bedeutend verbessert. Jetzt gehören im Kreise Münberg 50 Pro. der Verbandsmitglieder dem Bildungsverband der Deutschen Buchdrucker an. Auch ideell habe sich ein Gewinn gezeigt, das Verständnis für unsere Bildungsbewegung sei gewachsen. Über die Gestaltung der Versammlungen teilte der Redner aus seinen reichen Erfahrungen viel Wissenswertes mit. Zum notwendigen Ausgleich zwischen kleinen und großen Ortsgruppen sei die bezirksweise Einteilung sehr zu empfehlen.

In der **Ausprache** zu diesen Referaten wurde bedauert, daß es bisher noch nicht gelungen sei, die schon vor dem Kriege vom Bildungsverband geplante Geschifflenschule einzurichten. Es müsse deshalb mehr als bisher auf die Meisterkurse geachtet werden, die bis zu zwei Dritteln aus öffentlichen Mitteln gespeist würden. Die Geschifflenschule habe ein Recht, beim Besuch der Schulen berücksichtigt zu werden. Leider stehen diese Schulen fast ausschließlich unter dem Einfluß der Prinzipale. Es wurde ferner gewünscht, bei der Behandlung geschmackbildender Fragen nicht einseitig zu sein, vielmehr müßten alle Zeiterscheinungen berücksichtigt werden. Im übrigen wurden die von den Referenten gemachten Vorschläge begrüßt, obwohl nicht alle in den einzelnen Kreisen durchgeführt werden können, da die Verhältnisse verschieden liegen.

Der zweite Verhandlungstag begann 8 Uhr früh mit der zur Zeit sehr viel erörterten Frage „Der Buchdrucker und die Kleinschreibung“. Der Vorstand hatte es für zweckmäßig gehalten, zu diesem Tagesordnungspunkt auch die Schriftleitung des „Korrespondenten“ und den Schriftleiter des „Sprachwarts“ einzuladen. Dieser Einladung waren die Kollegen Jelmholz und Oberüber (Berlin) gefolgt; auch ein Berichterstatter der „Magdeburger



Fünfzig Jahre Verbandsmitglied



Johann Erudt in Nürnberg
Eingetretten: 11. September 1880 — Jetzt Invalide



Vollstimme“ war zu diesem Punkt anwesend. Referent war der Schriftleiter der „Typographischen Mitteilungen“, Kollege Grams. Er ging nach kurzer Einleitung, in der er die Notwendigkeit zur Behandlung dieses Themas darlegte, auf den Ursprung der Kleinschrift ein. Die Kleinschrift ist eine selbständige Schrift. Von den alten römischen Versalien kamen alle jüngeren Schriften des Abendlandes ab. Ihre Formen waren durch das Schreibgerät bedingt. Aus den Versalien entstand die Altromänische Kursiv, deren Formen sich jahrhundertlang erhielten. Durch die Flüchtigkeit der Schriftzüge ergab sich von selbst ein neues Schriftbild, die Jüngere Kursiv. Sie ist der Ursprung unserer Kleinbuchstaben. Sie hatte jedoch nur ein Schriftzeichen für jeden Buchstaben, also keine Groß- und Kleinbuchstaben. Es entstand die Ungiale, Halbungiale und die Karolingische Minuskel, aus der im 8. und 9. Jahrhundert die Weltketter hervorging. In den südfrensischen Klöstern des Mittelalters entwickelte sich die gotische Schrift, aus der sich auch unsere Fraktur ableitete. Die Schreibgewandten Mönche schmiedeten ihre Kapitulanfänge mit **Zierbuchstaben**, für die **Sagananfänge** benutzten sie **Wohlbuchstaben**, die **der Römischen Kapitale** entlehnten. Das war der Anfang der Verbindung zwischen Groß- und Kleinbuchstaben. Eine Regel gab es dabei nicht; so wurden ganze Wörter am Anfang des Satzes oder besonders wichtige Namen durch Großbuchstaben hervorgehoben. Die Rechtschreibung hatte damit nichts zu tun. Erst im 17. Jahrhundert wurde die Groß- und Kleinschreibung in ein spitzbüdiges System gebracht, an dem die „amtliche“ Rechtschreibung noch heute krankt. Die Rechtschreibung wurde zum Dressurmittel der Kinder und zum Schreckgespenst für die Erwachsenen, für die Arbeitenden, die „nicht mal richtig“ schreiben können. Durch die Kleinschrift könnte die Rechtschreibung wesentlich vereinfacht werden.

Die Kleinschrift ist nicht nur eine Angelegenheit der Rechtschreibung, sondern ebenso sehr eine Erleichterung für Technik und Wirtschaft und eine Frage der Gestaltungs-kunst. Würde sie eingeführt, so könnten z. B. die Schreibmaschinen durch Fortfall der Großbuchstaben vereinfacht und auch vom Arbeiter erworben werden; die Schreibarbeit würde bedeutend erleichtert. Wie heute zu jedem Haushalt eine Nähmaschine gehört, könnte auch jeder Familie eine Schreibmaschine zur Verfügung stehen. Die Kurzschrift, die heute ebenso wie der Telegraph nur die Kleinschrift kennt, wird als Pflichtfach in den Schulen dem Tempo gerecht. Heute von Rationalisierung zu sprechen, ist allerdings angelehnter der Arbeitslosigkeit gefährlich; aber man muß immer wieder betonen, daß nicht die Rationalisierung an sich die Arbeitslosigkeit verschuldet, sondern das kapitalistische System. Verbesserte Technik und Beschleunigung in der Herstellung werden erst dann allen Menschen zugute kommen, wenn wir die Gemeinwirtschaft im sozialistischen Sinn haben. Der Weg dahin wird noch viele Opfer kosten. Von den Gegnern der Kleinschrift wird gesagt, sie bringe für die Schriftgießer verminderte Beschäftigung. Es wird übersehen, daß den Schriftgießern durch den Zusammenschluß der Schriftgießereien diese Gefahr schon heute droht. Für die Korrektoren würde die Einführung der Kleinschrift gewiß keinen Nachteil oder wohl eine große Erleichterung bringen. Für die Ausstattung unserer modernen Druckereien ist die Minuskel der gegebene Buchstabe, der durch die Zeit bedingten Sachlichkeit und Einfachheit gerecht wird. Ein neues Formempfinden ist entstanden. In der Typographie haben wir den neuen Stil, der strenge Formen verlangt. Die Kleinschreibung kommt dieser Form am nächsten, darum wird sie auch so häufig auf Qualitätsdruckarbeiten angewandt. Die bessere Lesbarkeit bergemäßigsten Schriftanordnung beruht nur auf Gewöhnung. Gewöhnen wir uns an die Kleinschrift, so wird sie uns auch beim Lesen nicht hinderlich sein. Die Kleinschrift erzieht aber zum logischen Denken, sie zwingt zu klarem Ausdruck in der Schriftsprache. In den ausländischen Staaten sind gleichfalls Bestrebungen im Gange, die unbedingte Kleinschreibung durchzuführen; so in Amerika, Frankreich und der Schweiz.

Schrift ist eben ein Verständigungsmittel, das so einfach wie möglich sein soll. Wir kommen zur wahren Einheits-schreibung nur auf dem Wege über die Kleinschrift. Darum: Aufführung ins Volk! Für Einheitschrift, für Kleinschrift!

Das Referat löste eine lebhafte Aussprache aus. Einige in dieser Angelegenheit im „Korrespondent“ und in den „Handgreifermittlungen“ erschienenen Aufsätzen wurden kritisiert. Die Kleinschrift könne nicht von heute auf morgen eingeführt werden. Es bedürfe noch der Aufklärung der Kollegen und der Öffentlichkeit.

Vom Vertreter des Verbandsvorstandes, Kollegen Barth, wurde erklärt, daß der Verbandsvorstand auf dem Boden der jetzt gültigen Rechtschreibung stehe. Einer vernünftigen Reform der Rechtschreibung stehe auch der Verbandsvorstand nicht abnehmend gegenüber. Der Schriftleiter des „Sprachwarts“, Kollege Oberüber, erklärte, daß die Zentralkommission der Korrektoren zwar noch nicht endgültig Stellung zu der Frage der Kleinschreibung genommen habe. Er könne aber versichern, daß sie den Bestrebungen der Vereinfachung der Rechtschreibung mit wohlwollender Neutralität gegenüberstehe. Kollege Oberüber führte in Beispiel und Gegenbeispiel eine große Anzahl von Groß- und Kleinschreibungen an, die im „Großen Duden“ enthalten und nicht hinreichend erklärt sind. Die richtige Schreibweise solcher Wörter dürfte selbst den Bearbeitern des Duden schwer fallen; viel schwerer fällt es aber dem einfachen Mann aus dem Volk. Die jetzt geltende Rechtschreibung kommt zwar der Kleinschreibung schon entgegen, verzerrt jedoch durch ihre vielen Ausnahmen. Eine Vereinfachung nach der Richtung der in den romanischen und auch in den meisten germanischen Sprachen üblichen Schreibweisen sei dringend zu wünschen. Auch die Doppelschreibungen müssen vereinfacht werden. Ebenso müssen die Getrennt- und Zusammenschreibungen geklärt werden. Kollege Jelmholz erklärte sich mit den Ausführungen seines Vorredners im großen und ganzen einverstanden. Die „Kor.“-Redaktion stehe einer Rechtschreibreform, die sich auf dem Entwicklungsgeße aufbaue, ebenfalls wohlwollend gegenüber. Vor Überparnungen sei entschieden zu warnen. Man müsse sich fragen, ob ausgerechnet die Buchdrucker berufen seien, in die in allen Ländern deutscher Sprache amtlich anerkannte deutsche Rechtschreibung ein neues Durcheinander und neue Unsicherheit zu bringen. Die hier zu behandelnde Frage sollte nicht so gestellt werden, ob Kleinschreibung erzwungen oder nicht, sondern ob es Aufgabe des Bildungsvorstandes der Buchdrucker ist, die Kleinschreibung zu propagieren. Der von mehreren Rednern empfohlene Mittelweg sei auch für ihn das Erstrebens-werte. Der Inzeratenteil im „Korrespondent“ bilde mit dem Textteil in rechtschreiblicher Hinsicht ein Ganzes, er müsse deshalb die gleiche Schreibweise aufweisen. Die ebenfalls von einigen Rednern geforderte Umfrage nach der Meinung der Kollegenschaft könne kein praktisches Ergebnis haben, da eine Reform nicht allein von den Buchdruckern gemacht werden könne. In der weiteren Aussprache wurde auch dem oft geäußerten Einwand entgegengetreten, daß die Beispiele mit Kleinschreibung das Prüfungsergebnis bei den Buchdruckerlehrlingen ungünstig beeinflusse. Das Gegenteil könne angenommen werden. Es beschäftigten sich meist nur Lehrlinge mit der Kleinschrift, die in der Rechtschreibung sicher sind.

Als Ergebnis der fünfstündigen **Ausprache** kann festgehalten werden, daß der Bildungsverband gewillt ist, in enger Zusammenarbeit mit den deutschen Korrektorenvereinen die Kollegen über die Vereinfachung der Rechtschreibung aufzuklären, die eben so sehr eine kulturelle wie eine rechtschreibliche und formgestaltende Angelegenheit ist. Um den Kollegen die Wirkung der Kleinschrift vor Augen zu führen, soll bald eine Nummer der „Typographischen Mitteilungen“ ganz in Kleinschrift aus-gesetzt werden. Die Leser sollen sich dann über die folgende **Frage** an die Schriftleitung der „Typographischen Mitteilungen“ äußern, und zwar

1. Ich bin für eine Reform der Rechtschreibung mit absoluter Kleinschreibung.
2. Ich bin für eine Reform mit Kleinschreibung unter Beibehaltung der Großbuchstaben für Sagananfänge und für geographische sowie Eigennamen.
3. Ich bin für eine Reform der jetzt geltenden amtlichen Rechtschreibung.

Der Vorstand soll außerdem prüfen, ob das Organisations-mitteilungsblatt in Kleinschrift erscheinen kann. Ferner wurde gewünscht, ein sich eignendes Buch der Bildergilde Gutenberg in Kleinschrift auszuführen. Die phonetische (lautgetreue) Schreibung fand keine Verteiliger.

Der dann folgende Tagesordnungspunkt betraf die **Änderung der Ortsgruppenaufteilung** an die Kreise und die **Kegelung der Einzelmitgliedschaften**. Nach dem Vorschlag des Hauptvorstandes verständigten sich die Kreise Dresden, Leipzig und Thüringen über den Austausch einzelner Ortsgruppen. Außerdem soll das Saargebiet unter der Leitung des Kreises Karlsruhe einen eigenen Bezirk bilden. Dem Wunsch nach einer Neuregelung der Einzelmitgliedschaften konnte nicht entsprochen werden, da sie einer Satzungs-änderung bedarf, die nur dem Vertretertag zukommt.

Den Rest der erst in den späten Abendstunden beendeten Tagesarbeit füllte das Referat über **Organisation der Photogruppen** und über die **Sachbeilage „Der Graphische Lichtbildner“** mit einer längeren Aussprache aus. Dem Zug der Technik und der Zeit folgen, haben sich in einigen Ortsgruppen des Bildungsverbandes der Deutschen Buchdrucker auch Photo-abteilungen gebildet, die in gestandenen Sinne die Photo-graphie pflegen. Da dieses Gebiet noch neu ist und wenig Erfahrungen vorliegen, sollen Richtlinien über Wesen und

Ziel dieser Abteilungen aufgestellt werden. Ihr Zweck ist: Praktische Schulung der Mitglieder in den verschiedenen Verfahren, Pflege künstlerischer Bildgestaltung und Entwicklung vorhandener künstlerischer Neigung und Veranlagung einzelner. Als Teile der Ortsgruppen haben sie im Vorstand des Bildungsverbandes ihre Zentralfstelle, die sie durch Photorundsendungen, Wettbewerbe und Ausstellungen fördert. Eine weitere Zentralisation wurde nicht gewünscht.

Die Zeilage „Der Graphische Lichtbildner“ soll beim „Graphischen Betrieb“ verbleiben. In den „Typographischen Mitteilungen“ sollen aber ständig Artikel über die Photographie aufgenommen werden; außerdem sollen Bildaufnahmen in Verbindung mit Typographie als Beispiele in ihnen abgedruckt werden. Die Zeilage „Das Schiff“ soll vom 1. Januar 1931 nicht mehr als Beilage in den „Typographischen Mitteilungen“ erscheinen.

Am dritten Tag begannen die Verhandlungen wegen der Beschäftigung der Buchdrucker Pfannkuch & Co. erst um 04 Uhr. Nach kurzen einleitenden Referaten wurde ausführlich über Arbeitsgemeinschaften mit den Sparten und anderen buchgewerblichen Organisationen und Referentenvermittlung durch die Zentrale und Kreisortsgastoren gesprochen. Beschriftungen wurden die Arbeitsgemeinschaften mit den Sparten und befreundeten Berufsorganisationen, also die Arbeitsgemeinschaften mit Gleichgesinnten. Die Technisierung unserer Betriebe verlangt von jedem Berufsangehörigen einen Einblick in die benachbarten Produktionszweige. In den Betrieben selbst kann dieser Einblick nur in den seltensten Fällen gewonnen werden. Die Kollegen sind deshalb gezwungen, in gegenseitiger Zusammenarbeit ihr Fachwissen zu ergänzen und zu vervollständigen. Leider ist die Zusammenarbeit zwischen den Sparten und den Ortsgruppen des Bildungsverbandes nicht immer so kollegial und freundschaftlich, wie das unter Verbandsmitgliedern der Fall sein sollte. Egoistische Gründe dürfen einen guten Gedanken nicht zum Scheitern bringen. Arbeitsgemeinschaften mit Organisationen, denen die berufliche Fortbildung und die gewerbliche Förderung nur Nebenzwecke sind, müssen die Ortsgruppen ablehnen.

Die Zusammenarbeit mit den Schulen wurde gutgeheißen, da dadurch ideale Versammlungsräume gewonnen und vorhandene Bildungsmittel benutzt werden können. Voraussetzungen für jede Arbeitsgemeinschaft ist die Wahrung des Eigenlebens der Ortsgruppen, das nicht gefährdet werden darf.

Bei der Referentenvermittlung der Zentrale konnte darauf hingewiesen werden, daß allein im letzten Jahr vom Hauptvorstand Referenten zu 43 fachtechnischen und 50 allgemeineren Vorträgen vermittelt wurden. Eine weitere Vermittlung von Referenten geschah durch die Kreise, die im gegenseitigen Austauschverhältnis stehen. Die zur Verfügung stehender Vorträge konnten jedoch nicht in allen Fällen von den Ortsgruppen übernommen werden, weil leider nicht die nötigen Mittel vorhanden waren. Die Vorträge wurden zum großen Teil den eigenen Reihen entnommen. Ein Zeichen, daß der Bildungsverband genug Vortragstätigkeit hat, um den Bedürfnissen der Kollegen zu entsprechen. Mehrere Kollegen, die fachtechnisch einen guten Ruf haben, konnten auch im Ausland Vorträge halten. Die Beziehungen zu den ausländischen Buchdruckerbildungsorganisationen wurden dadurch gefördert. Für die Allgemeinbildenden Vorträge stellten sich Mitarbeiter der Bühnergilde zur Verfügung, sie wurden in den Ortsgruppen sehr gut aufgenommen.

In Verbindung mit den Vortragstouren wurde die Lichtbildstelle des Bildungsverbandes der Deutschen Buchdrucker, die zur Zeit 35 fachtechnische Vorträge mit über 3000 Lichtbildern aus allen Stoffgebieten des Gewerbes umfaßt. Leider werden diese Vorträge von den Ortsgruppen nicht voll ausgenutzt.

Die Herstellung von Manuskriptvorträgen mit Filmbandstreifen wurde als sehr vorteilhaft empfohlen. Jeder Kreis soll nach dem Wunsch der Konferenz zwei bis drei solcher Vorträge mit Filmbandstreifen fertigmachen und dem Hauptvorstand einsenden. Ist dies geschehen, wird der Hauptvorstand jedem Kreis einen entsprechenden Vorführungsapparat zur Verfügung stellen.

Unter Organisationsfragen wurde über die im November geplante Werbewoche der Bühnergilde Gutenberg beraten. Von der Ausschreibung eines Internationalen Wettbewerbs soll in diesem Jahr abgesehen werden. Gewünscht wurde, daß die Verbände und die kollegialen Körperschaften bei Bedarf von Bühnern usw. die Verlagsabteilung des Bildungsverbandes mehr als bisher berücksichtigen. Den Kreisvorständen sollten für ihre Mithewaltung jährlich 100 M. aus der Hauptkasse überwiesen werden.

Nach der Erörterung weiterer interner Angelegenheiten dankte Vorsitzender, Kollege Dreßler, allen Teilnehmern, den Gästen und vor allem dem Ortsverein, der Ortsgruppe und der Stadt Magdeburg für ihre willige Mitarbeit am Gelingen der Tagung. Die Tagung, die unter dem Eindruck des gastlichen Magdeburgs einen erhabenen Verlauf nahm, schloste praktische und sachliche Arbeit im Sinne gewerkschaftlicher Berufsetzungen und war von dem Gedanken durchzogen, daß wer die Wirklichkeit ändern will, sich auch in seinem Denken, Wollen und Handeln dem neuen Geist anpassen muß. Darum Erziehung im technischen, sprachlichen, formgestaltenden und betriebswirtschaftlichen Sinne! Seine Mitglieder in diese vier Grundgebiete einzuführen und ihr Wissen nach dieser Richtung zu festigen, ist das Ziel des Bildungsverbandes der Deutschen Buchdrucker. Die Tagung schloß nach 6 Uhr abends. G. R.

Sozialpolitik und bürgerliches Recht

Gesundheitsfürsorge in der Invalidenversicherung

Neben der Rentengewährung an Versicherte und deren Hinterbliebene haben die Versicherungsträger die sehr wichtige Aufgabe, durch Heilfürsorgemaßnahmen den Eintritt des Schwabens nach Möglichkeit zu verhüten. Diese Leistung ist zwar eine freiwillige, doch ist festzustellen, daß diesem Gebiet in keinem Maße Beachtung geschenkt wird. Ein anschauliches Bild der Leistungen der Invalidenversicherung auf dem Gebiete der Gesundheitsfürsorge bringt die jüngste Sonderausgabe des „Reichsarbeitsblattes“, herausgegeben vom Reichsversicherungsamt. Die Gesundheitsfürsorge kommt in erster Linie zum Ausdruck in der Übernahme von Heilverfahren für Versicherte und Rentenempfänger, darüber hinaus für nichtversicherungspflichtige Angehörige von Versicherten und allgemeine vorbeugende gesundheitliche Maßnahmen. Man unterscheidet ständige und nichtständige Heilbehandlung. Unter „ständiger“ Heilbehandlung wird jedes planmäßige Heilverfahren in Krankenhäusern und Sanatoriumen, Heilbädern oder auch die dauernde ärztliche Behandlung in der eigenen Wohnung des Versicherten verstanden, unter „nichtständiger“ Heilbehandlung die vorübergehende Behandlung in der Sprechstunde des Arztes sowie alle einmaligen oder vorübergehenden Maßnahmen (Gewährung von Arzneien, Zahnärztliche, künstliche Gliedern, Hilfsmitteln usw.). Im Jahre 1929 beliefen sich die Gesamtausgaben an freiwilligen Leistungen für die im Berichtsjahre abgeschlossenen 389 716 Heilbehandlungsfälle auf 116 676 479 M.; nach Abzug der Erstattungen der Krankenkassen, Berufsgenossenschaften usw. auf 88 527 872 M.

Angehörige des Erkrankten, deren Unterhalt er ganz oder überwiegend aus seinem Arbeitsverdienst bestritten hat, erhalten während des Heilverfahrens ein Hausgeld, auch dann, wenn er keine Ansprüche an eine Krankenkasse usw. zu stellen hat. Das gesetzliche Hausgeld beträgt ein Viertel des Ortslohnes für erwachsene Arbeiter. In der Regel wird das zuständige Hausgeld der Krankenkasse gezahlt. Je nach der wirtschaftlichen Lage des Erkrankten (Rinderzahl usw.) können die Versicherungsanstalten darüber hinaus Hausgeld in höheren Beträgen bewilligen; so wird vielfach das volle Krankengeld der Krankenkasse zugewilligt. Einige Anstalten gewähren neben dem Hausgeld noch ein geringes Taschengeld während des Kuraufenthalts.

Im Vordergrund steht der Kampf gegen die Volksseuchen: Tuberkulose, Lupus, Geschlechtskrankheiten. Daneben wird Krebskrankheiten, rheumatischen Erkrankungen, Folgen des Alkoholmißbrauchs, ferner Erkrankungen des Herzens, der Nerven, der Gefäße, der Verdauungsorgane, nicht tuberkulöse Erkrankungen der Atmungsorgane, Erhöpfungskrankheiten, Prämenstruellen usw. sowie Zahnerkrankheiten entsprechende Beachtung geschenkt. Es lagen im Berichtsjahre 282 779 Anträge auf ständige und 300 603 Anträge auf nichtständige Behandlung vor. Von den ersteren sind 62,5 Proz., von den letzteren 78,1 Proz. genehmigt worden.

Etwa die Hälfte der gesamten Ausgaben wurde seit 1897 jeweils zur Bekämpfung der Tuberkulose verwendet. Im Berichtsjahre betrug die Zahl der Heilbehandlungsbedürftigen 41 172, während es im Vorjahre noch 45 018 waren. 40 468 entfielen auf Lungen- und Kehlkopf-Tuberkulose, 496 auf Knochen- und Gelenktuberkulose und 218 auf Lupus. Die durchschnittliche Dauer einer Heilbehandlung wegen Lungen- oder Kehlkopf-Tuberkulose betrug für Männer 81, für Frauen 94 Tage. Die Kosten eines Heilverfahrens erreichten im Durchschnitt bei Männern die Höhe von 845,25 M. (1928 = 711,22 M.), bei Frauen von 732,76 M. (1928 = 619,40 M.).

Im Berichtsjahre wurden 23 433 Geschlechtskranke (1928: 18 121) behandelt. Die Steigerung wird als Auswirkung des Gesetzes zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten angesehen. Eine wichtige Rolle im Kampfe gegen die Geschlechtskrankheiten kommt den Beratungsstellen zu, deren Zahl auf über 200 vermehrt werden konnte. In Beobachtung standen 208 597 Personen.

Die Verbreitung der Krebskrankheiten hat in den letzten Jahrzehnten ständig zugenommen. So betrug im Jahre 1913 die Zahl der Sterbefälle unter 10 000 Lebenden 7,4 bei männlichen, 8,9 bei weiblichen Personen, 1927 dagegen 9,9 bei männlichen und 11,8 bei weiblichen Personen. Die Übernahme des Heilverfahrens erfolgte in sehr beschleunigtem Umfange, da die ärztliche Wissenschaft zu abschließenden Ergebnissen auf diesem Gebiete noch nicht gelangt ist. Eine Reihe von Versicherungsanstalten haben Mittel für den Ankauf von radioaktiven Stoffen zur Verfügung gestellt. Setzungen und anhaltende Bestrahlung des Leidenden sind wesentlich durch Röntgen- und Radiumbestrahlungen sowie durch operative Eingriffe erzielt worden.

Die Tatsache, daß die rheumatischen Erkrankungen der Muskeln und Gelenke mit ihren Folgeerscheinungen an Zahl und Schwere sich jährlich häufen und ständig steigende erhebliche Heilbehandlungs- und Rentenkosten verursachen, war Veranlassung, auf frühzeitige Einleitung des Heilverfahrens Bedacht zu nehmen, wodurch gute Erfolge erzielt wurden. Im Berichtsjahre lagen 20 772 Heilbehandlungsfälle vor. 329 Personen gelangten zur Behandlung, die an Krankeitserscheinungen infolge Alkoholmißbrauchs litten. Vorwiegend wird sich darauf beschränkt, durch gezielte Heilförmeln Körperkräften zu unterstützen, die auf dem Gebiete der Bekämpfung des Alkoholmißbrauchs tätig sind. Ein umfangreiches Gebiet ist die Gewährung von Zahnärztlichen bzw. Beihilfen dazu, Vorbedingung der Gewährung

ist der Nachweis, daß durch das mangelhafte Gebiß ein körperlicher Zustand herbeigeführt worden ist, der in absehbarer Zeit in Invaliddität überzugehen droht. Eine Übernahme kommt meistens nur in Frage, wenn mindestens fünf Zähne fehlen. Im Jahre 1929 sind wegen Zahnkrankheit 225 270 Personen behandelt worden mit einem Kostenaufwand von 13 523 469 M. Ersetzt wurden hiervon durch Krankenkassen, Gemeinden, Versicherte usw. 7 912 226 M.

Der Bericht bringt auch eine Übersicht über die Heilerfolge. Daraus ergibt sich, daß mit Erfolg waren bei Lungen- und Kehlkopf-Tuberkulose 81 Proz. der Fälle bei Männern, 80 Proz. bei Frauen; bei Knochen- und Gelenktuberkulose 73 Proz. bei Männern, 83 Proz. bei Frauen; Lupus 94 Proz. bei Männern, 90 Proz. bei Frauen; Geschlechtskrankheiten 97 Proz. bei Männern, 95 Proz. bei Frauen; andre Krankheiten 93 Proz. bei Männern, 94 Proz. bei Frauen.

Eine Übersicht der Heilstätten ergibt, daß zur Verfügung stehen 63 eigne oder gemietete Lungenheilstätten mit 8893 Betten und 59 Gesundeheime, Krankenhäuser usw. mit 7430 Betten, insgesamt 122 Heilstätten mit 16323 Betten. In den eigenen Heilstätten sind im Jahre 1929 insgesamt 105 893 Personen einschließlich Kinder verpflegt worden. Die Betriebskosten beliefen sich auf 37 780 964 M. Neben den eigenen haben die Versicherungsträger noch 2061 fremde Heilstätten, Bäder usw. benutzt und in diesen 81 623 Personen untergebracht.

Die Versicherungsanstalten können neben der eigentlichen Heilbehandlung mit Genehmigung der Aufsichtsbehörde Mittel aufwenden, um allgemeine Maßnahmen zur Verhütung vorzeitiger Invalidität unter den Versicherten oder zur Hebung der gesundheitlichen Verhältnisse der versicherten Bevölkerung zu fördern oder durchzuführen. Insbesondere wird die Heilfürsorge auf nichtversicherungspflichtige Angehörige (Kinder usw.) der Versicherten mehr und mehr ausgedehnt, ebenso auf nichtversicherungspflichtige oder erst kurze Zeit versicherte tuberkulöse Jugendliche von 16 bis 20 Jahren. Eine weitere Maßnahme stellt die Ausdehnung der Heilfürsorge auf Mütter kinderreicher Familien (vier und mehr lebende Kinder unter 16 Jahren) dar, die sich nicht nur auf die Tuberkulosefälle beschränkt, sondern sich auch auf Fälle von Rheuma, Herzkrankheiten, Zahnerkrankungen usw. und auf Fälle dringender Erholungsbedürftigkeit erstreckt. Für 18 976 erwachsene Nichtversicherungspflichtige wurden 1 892 828 M. aufgewandt, für 33 687 Kinder von Versicherten 5 244 401 M. Die durchschnittliche Kurdauer für diese Kinder betrug mindestens 42 Tage (bis zu 160 Tagen). Neben der Fürsorge wurde auch das Kinderheilverfahren weiter ausgebaut. Das Hauptaugenmerk wurde hier wieder auf die tuberkulösen erkrankten oder tuberkuloseverdächtigen und -bedrohenden Kinder und Jugendlichen gerichtet. Die Kinderkuren wurden vielfach im Winter, weil besonders wirksam, durchgeführt. Im Jahre 1929 fanden in 28 Heilstätten 2070 Betten für Kinder zur Verfügung. Sechs Heilstätten sind ausschließlich für tuberkulöse Kinder vorhanden.

Die Erhaltungstätigkeit, daß der Kampf gegen die Volksseuchen mit der Bekämpfung des Wohnungselebens einzuzeichnen hat, veranlaßt auch die Versicherungsträger, immer mehr Gelder zu billigem Zinsfuß für den Bau von Arbeiterwohnungen herzugeben. Im Jahre 1929 wurden rund 25 Millionen Mark als Darlehen an Bauvereine usw. hergegeben. Unmittelbar an Versicherte (Arbeitnehmer) wurden 15,8 Mill. M. gewährt. Insgesamt sind für den Arbeiterwohnungsbaue 309 568 Mill. M. angelegt. An Mietaufschüssen für Offentuberkulose sind 261 632 M. gewährt. Zum Bau von Leihwohnheimen kamen seit 1925 insgesamt 6,2 Mill. M. zur Verwendung. Die Neuaufwendungen im Jahre 1929 beliefen sich auf 3,5 Mill. M. Im Jahre 1929 wurden insgesamt 148,4 Mill. M. gemeinnützig angelegt, im ganzen waren Ende des Berichtsjahres 495,2 Mill. M. für gemeinnützige Zwecke verwendet, das sind 33 Proz. des Reinerwerbs. Der Durchschnittszinsfuß betrug 0 Proz. R. L.

Korrespondenzen

Stuttin (Holtstein). Auf Einladung des Chefs fand sich das gesamte Personal der G. Struwelchen Buchdruckerei im Hotel Woblfass ein, um das Ausschreiben eines 67jährigen Kollegen festsitzig zu begeben. Dieser war 48 Jahre im Betrieb tätig. An der reich gedeckten Tafel gedachte der Chef zunächst mit ehrenden Worten zweier in letzter Zeit verstorbener Kollegen, die 46 resp. 47 Jahre in der Buchdruckerei tätig waren. Der ausbrechende Kollege Schmidt will in den Ruhestand treten. Zu Herzen gehende Worte wurden ihm und hergewechselt. Ein wertvoller gepolsterter Sessel wurde ihm vom Chef, ein Stuhl, welches einen Teil der Seheret mit dem Fensterplatz des Ausschreibenden aufwies, von der Belegschaft überreicht. Im gemühtlichen Teil wurde gelungen, vorgetragen und geteilt, da auch Damen zugegen waren, ohne die es nun einmal nicht geht. Bei dieser Gelegenheit sei noch erwähnt, daß seit Jahren bei obiger Firma die Ferien- und Lohnfrage vorbildlich gelöst ist.

Krefeld (Maschinenseher.) Inste Bezirksversammlung fand am 23. August in M. Gladbach statt. Trotz der unglücklichen Verhältnisse bei der Erreichung des Versammlungsortes durch die einzelnen Bezirksvereine war sie gut besucht. Eingänge und Mitteilungen sowie eine Neuaufnahme wurden zunächst erledigt. Auch dem Assenbericht stimmte die Versammlung in Einmütigkeit und Ausgabe zu. Sodann nahm die Versammlung den Bericht über die Versammlung der Gewervereine in Duisburg entgegen. Es setzte eine lebhaft Diskussion ein, und schließlich wurde eine Entschließung angenommen, in der der Hoffnung Ausdruck verliehen wird, daß die Zeit einer Revision des Ausschusses Maßlo bringen wird. Unter „Technischem“ tauschten die Kollegen ihre Ansicht über eine

Störung (Beschädigung des Schriftbildes) aus. In der nächsten Versammlung wird ein Vortrag über technische Neuerungen an der Linotype gehalten werden. Die Wertgenhalter hat dazu Anschauungsmaterial in Aussicht gestellt.

Neustadt a. d. Saardt. Unre Bezirksversammlung am 17. August in Landau wies einen außerordentlich starken Besuch aus allen drei Ortsvereinen aus. Bei Eröffnung der Versammlung konnte Kollege B i r g a n 145 Kollegen begrüßen. Hierauf brachte der Kollegen-Verein „Gutenberg“ (Neustadt a. d. S.) das Lied „Wann wir schreiten“ zu Gehör. Der Vorsitzende gedachte Johann in ehrenden Worten eines verstorbenen inaktiven Kollegen. In den Verband aufgenommen bzw. von der Lehrlingsabteilung übersiedelten wurden 12 junge Kollegen. Den Rassenbericht vom vierten Quartal gab in gewohnter Weise Kollege M a n e r. Dem Kollegen G e r t z (Neustadt) wurde für 25jährige Verbandzugehörigkeit nach einer würdigen Ansprache des Vorsitzenden im Namen des Bezirks- und Ortsvereins Neustadt ein wertvolles Geschenk überreicht. Sodann hielt Kollege K r a f t (Mannheim) ein Referat über „Der Kampf um die Macht im Staate“. Dieser Haupttagungsordnungspunkt hatte wohl die vielen Kollegen herbeigelockt, und sie wurden nicht enttäuscht. Kollege Kraft verband es meisterhaft, durch seine stehende Rede die Kollegen von Anfang bis zu Ende an sein Referat zu fesseln. Am Schluß ermahnte er zur Einigkeit und forderte die Kollegen auf, noch aktiver gegen die bürgerlichen Herrschaften und die Sozialreaktion zu kämpfen und am 14. September dieser Rasse die richtige Antwort zu geben. Lebhafter, langanhaltender Beifall lohnte den Referenten für seine Ausführungen, die wohl bei allen Kollegen von nachhaltiger Wirkung bleiben werden. Die dem Referat folgende Diskussion gestaltete sich sehr lebhaft. Kollege K e i n w a l d wies darauf hin, daß durch das Gebahren des Bürgerblocks jetzt auch die Gewerkschaften in die Politik hineingezogen wurden. Der Vorsitzende berichtete Johann über Lohnabnahmamaßnahmen im Bezirk Neustadt. Als Beisitzer bei der Eingangs- und Zwischenprüfung wurde Kollege G a s h bestimmt. Damit hatte die sehr anregend verlaufene und von kollegialem Geist getragene Versammlung ihr Ende erreicht. — Nach dem gemeinsamen Mittagessen wurde ein Spaziergang nach dem Landauer Stadion und dem neuen Schwimmbad unternommen. Danach folgte ein geselliges Beisammensein. Musik und Gesangsvorträge des Gesangsvereins „Gutenberg“ (Neustadt) hielten die Kollegen noch einige Stunden in kollegialer Stimmung zusammen.

Münzberg. (H a n d l e h e r.) Vom herrlichen Wetter begünstigt, hielt die Münzberger Handbindervereinigung am Sonntag, 31. August, ihre vierte Wanderversammlung in Schwabach ab. In Limbach stiegen die 300 Teilnehmer aus und marschierten unter Fortschritt der Musikkapelle zu den Drei-S-Werken (Nadelwerk), die besichtigt werden sollten. Nach einer Begrüßung durch Bürgermeister Dr. B e c h und Proturisten Herrn F u c h s folgte eine Besichtigung der Fabrik, die einen interessanten und lehrreichen Einblick des Werdegangs einer Nadel von der Drahtzieherei bis zur Verpackung der fertigen Nadeln in Blechbüchsen bot. Das Laboratorium dieser Firma ist eine Sehenswürdigkeit, sind doch die meisten Instrumente vom Inhaber, Herrn Konsul Walter Ludwig, persönlich konstruiert. Nach einer Fotoaufnahme marschierten die Teilnehmer unter den Klängen der Musik zum Tagungsort. Vorsitzender S a u e r (Münzberg) eröffnete die vierte Wanderversammlung und begrüßte die Erscheinenden sowie den Kollegen Artur Wolfram (Leipzig), die Führer Kollegenhaft und die Vorstandshaft der Mitgliedschaft Münzberg. Nach Verlesen zweier Glückwunschkartogramme der Zentralkommission und der Gauleitung, welche der Veranstaltung einen guten Verlauf wünschten, erteilte er dem Kollegen Artur Wolfram zu seinem Referat über „Gegenwartsfragen für Beruf und Sparte“ das Wort. Redner wies auf die Gefahren der Schmalzmaschine und der Betriebsrationalisierung für den Handbinder hin, richtete auch den Appell an den Handbinder, mit seiner Arbeitskraft mehr häuslicherer umzugehen, um so der großen Arbeitslosigkeit innerhalb unseres Berufs zu steuern. Dazu dienen am besten die Berechnungskommissionen, deren Tätigkeit schon in tausenden Fällen auffaßend gewirkt hat. Redner streifte auch die Materiefrage, welche schon immer ein heilumstrittener Punkt in unserem Gewerbe ist, und verwies auf einige Fälle in Hannover und Münzberg. Sonderwünsche und Sonderforderungen einiger Sparten müßten in Zukunft vermieden werden. Redner empfahl einen Lehrgang über Sabberrechnung; gerade in solchen Fällen werden die Gehilfen geschult. Zum Schluß seiner Ausführungen kam Redner noch auf die Notverordnung der Regierung Brünning zu sprechen, forderte auf, am 14. September die Stimmen der Partei zu geben, die auch Arbeiterinteressen vertritt, und das ist die Sozialdemokratische Partei. Mehrerer Beifall lohnte dem Referenten. Vorsitzender Sauer dankte für die trefflichen Worte des Referenten im Namen aller Teilnehmer. Nach Bekanntgabe geschäftlicher Mitteilungen war die Versammlung zu Ende. — Nachmittags fand eine Besichtigung der Stadt sowie Konzert, ausgeführt von der Orchester-Gemeinschaft unter Mitwirkung des Kollegenvereins „Typographia“ Münzberg, gemeinsam mit den Angestellten und Arbeitern des Wertes statt.

Rosenheim. Unre zweite Jahresbezirksversammlung am 10. August, die einen erfreulichen guten Besuch aufwies, vereinte diesmal die Kollegen im lieblich vom Inn umrauschten Städtchen Wallseburg. In seinen Einleitungsworten gedachte Vorsitzender K i e d e r l e h n e r des Jungbuchsdruckers Otto Schwarz, der ein Opfer seiner geliebten Berge wurde; als Mensch und angegebender junger Kollege war er gleich wertvoll geschätzt. Ein Vortrag des Kreisvorsitzenden des Bildungsverbandes, Kollege W u c h (München), über „Zeitgemäher Inzeratenfang“ mit reichem Anschauungsmaterial fand reichsten Beifall. Trotz der trockenen Materie verstand es der Referent, dem Thema einen interessanten Anstrich zu geben. Der Besichtigungsstand im Bezirk ist im Verhältnis zur Großstadt immer noch nicht als so schlecht zu bezeichnen. Der Handbinderpartie wurde ebenfalls das Wort gesprochen, was Neuaufnahmen zeitigte. In die Kollegenhaft erging zum Schluß der Appell, sich am 14. Sep-

tember als freie und überzeugte Gewerkschaftler zu betätigen.

Wolke. (M a s c h i n e n s e h e r.) — Vierteljahrsbericht. In Mittelpunkt unserer Wanderversammlung stand der Vortrag des Kollegen S o f m a n n über „Verwendung der verschiedenen Schmalzmaschinen im Anzeigen, Tabellen- und andern Satz“. Der Vortragende gab an Hand von Anschauungsmaterial, das ihm in dankenswerter Weise einige Schmalzmaschinenfabriken zur Verfügung gestellt hatten, interessante Aufschlüsse über die Arbeitsweise eines modernen Maschinensehers. Im „Technischen“ wurde u. a. die Matrizenreinigungsmaschine „Noelia“ besprochen, die inzwischen in zwei Betrieben aufgestellt ist und gute Erfolge zeitigte. — In der Zuluiverammlung wurden zwei Vertreter zur Gauversammlung in Schwerin bestimmt. Kollege B e h n t e besaßte sich mit einem Artikel in der „Linotype-Welt“ betreffend Leistungssteigerung. Die Unmöglichkeit, die in diesem Artikel vorhanden sind, wurden klargestellt. Redner verwies auch auf einen sich mit diesem Thema befassenden Aufsatz in den „Technischen Mitteilungen“. — Mitte Juni fand ein Demonstrationsvortrag über das Ein- und Ausdrücken an der Linotype im Betrieb der „Medienburgischen Volks-Zeitung“ statt. Herr K a r l C h l e r z (Berlin) hatte in liebenswürdiger Weise den Vortrag übernommen. — In der Zuluiverammlung wurde ein Kollege neu aufgenommen. Kollege Seils gab den Bericht von der Versammlung der Gauvereinigung in Schwerin. Kassierer B ö h m erteilte Johann den Rassenbericht. Ihm wurde Entlastung erteilt. Der Rassenbestand ist zufriedenstellend. Kollege A g e n t a c h t hielt Johann unter „Technischem“ einen Vortrag über „Technik im allgemeinen“. Seine interessanten Ausführungen fanden den Beifall aller Kollegen.

Caarbrücken. (H a n d l e h e r.) Zu unserer am 17. August nach Neunkirchen einberufenen Wanderversammlung waren die Kollegen aus allen Druckorten des Saargebietes recht zahlreich erschienen. Der Vorsitzende S t o r c h eröffnete die Versammlung mit herzlichen Begrüßungsworten. Insbesondere begrüßte er den Gausortführer Störk sowie die Vertreter der übrigen Sparten. Außer einigen geschäftlichen Mitteilungen gab der Vorsitzende auch den derzeitigen Rassenbestand unserer Zentrale bekannt. Der Kassierer erteilte hierauf den Rassenbericht über das erste Halbjahr 1930. Über den weiteren Punkt der Tagesordnung, „Waternustausch“, referierte zweiter Vorsitzender F r e e, der in treffenden Worten auf Mißbräuche des Waternustausches hinwies. Ein einstimmig gefaßter Beschluß, diesem Treiben energig Einhalt zu gebieten, beendete diesen Vortrag. Hierauf referierte Kollege S t o r c h über das aktuelle Thema „Der Handbinder im heutigen Arbeitsprozeß“. Das Referat wurde allseitig mit Begeisterung aufgenommen.

Welle. Unre dritte diesjährige Bezirksversammlung fand am 17. August in der schönen niederbayerischen Stadt Cleve statt, und sie hatte, trotz der herrschenden großen Arbeitslosigkeit, einen sehr guten Besuch zu verzeichnen. Nach Erzielung der Tagesordnung wurde ein Ausflug nach Holland, nach der am Saal gelegenen Stadt Nymegen unternommen. Verschiedene holländische Kollegen aus Nymegen empfingen uns an der Grenze und führten uns durch die Stadt, wo wir die Sehenswürdigkeiten, alt-holländische und neuzeitliche Bauwerke sowie prächtige Naturparke dieser 80 000 Einwohner zählenden Grenzstadt besichtigten. Nach gegenseitiger Begrüßung und einigen Stunden gemühtlichen Beisammenseins führte uns die Elektrische wieder zurück nach Cleve, von wo aus die Reise in die Heimat angetreten wurde. Alle schieden mit dem Bewußtsein, einen herrlichen Tag verlebt und die internationalen Beziehungen zueinander befestigt zu haben. Den holländischen Kollegen für die liebenswürdige Führung und herzlichen Begrüßungsworte an dieser Stelle noch unsern besten Dank. Die nächste Bezirksversammlung findet in Emmertich statt.

Allgemeine Rundschau

Große Meisterkurse für das graphische Gewerbe. In der Zeit vom 5. Januar bis 1. Februar 1931 werden wieder Große Meisterkurse der Stadt Frankfurt a. M. mit Unterstützung des Preussischen Ministeriums für Handel und Gewerbe, des Bezirksverbandes und der Handwerkskammern Wiesbaden und Frankfurt a. M. durchgeführt. Diese Kurse bieten auch die Vorbereitungsmaßnahme für die Meisterprüfung. Für das graphische Gewerbe sind vorgesehen: Kurse für Setzer, Drucker, Graphiker und Buchbinder. Die Gesamtdauer umfaßt rund 300 Unterrichtsstunden. Der Kursbeitrag ist auf 50 M. festgesetzt. Gesuche um Aufnahme können schriftlich oder persönlich an den Unterzeichneten eingereicht werden. Dem Gesuch ist beizufügen ein Lebenslauf, Nachweis einer ordnungsgemäß durchlaufenen Lehre, Zeugnisse über die praktische Tätigkeit und über eine nachweisbare theoretische und zeichnerische Weiterbildung. Nähere Auskünfte erteilt der Leiter der Kurse, Direktor Th. Walter, Frankfurt a. M., Moltke-Allee 23.

„Der Graphische Markt“ auf Abwegen in Lehrlingsfragen. Reaktionale Geistes- und Antennensinnesbetonten den Schriftleiter des seit einiger Zeit fast mit dem stolzen Untertitel „Zentralorgan für Wirtschaft und Technik — Betriebsanzeiger“ führenden sogenannten Fachblattes „Der Graphische Markt“ in seiner Nr. 35 vom 1. September 1930 zu einer ganz merkwürdigen Stellungnahme gegenüber dem Recht der Buchdruckerlehrlinge, unsern Lehrlingsabteilungen bezutreten. Dieses Zwergblättchen, das fast unter Ausschluß der Öffentlichkeit ein kümmerliches Dasein fristen dürfte, drückt zur Füllung seiner inhaltlich äußerst mageren Spalten einen Appell aus dem Jahresbericht unseres Verbandes für 1929 ab, in dem berichtet wird, daß Lehrherren hin und wieder ihren Lehrlingen den Beitritt zu unserer Lehrlingsabteilung verbieten oder doch erschweren wollen und daß den Lehrherren ein solches Recht nicht zusteht. Bismehr steht nach Artikel 169 der Weimarer Verfassung jedem Lehrling das Recht zu, sich der zuständigen Gewerkschaft anzuschließen, gleichviel ob der Lehrvertrag es verbietet oder nicht. Die Ungültigkeit eines solchen Verbotes hat übrigens der Reichsarbeitsminister auf Anfrage dem Deutschen Handwerks- und Gewerbeamt ausdrücklich bestätigt. Mit dieser ministeriellen Erklärung ist die Rechtslage ganz einwandfrei

festgestellt und der Lehrherr, der seinen Lehrlingen den Beitritt zu den Lehrlingsabteilungen des Deutschen Buchdruckerverbandes verbieten oder erschweren will, macht sich strafbar. — Was jagt nun das eingangs erwähnte Blättchen dazu: „Wir wollen im Augenblick diese Streitfrage nicht weiter behandeln, obgleich die Verfassung auch noch andere Paragrafen haben soll und jawohl auch eine Reichsgewerbeordnung existiert. Nicht weniger schieben gerade die Lehrlingsabteilungen dem Lehrherren große Verantwortung zu...“ All dem gegenüber ist es zu verstehen, daß man die Bräutigamswahl etwas anderer Meinung ist, denn allzufrühes „Klassenbewußtsein“ (S. 69, Zeile 20 von unten) fördert bei manchen Lehrlingen die Verwilligung durchaus nicht. Warum behandelst der Herr Schriftleiter diese Streitfrage nicht weiter — weil er nichts weiß und es ihm in der Hauptsache um etwas ganz andres geht, das er nur schlichtern andeutet: „Das Klassenbewußtsein der Lehrherren“. Das ist ihm im Falle stehen geblieben und daran wirgt er noch.

75 Jahre Westermanns Monatshefte. Man schrieb 1856, als George Westermann das erste Heft seiner „Illustrierten Deutschen Monatshefte“ für das gesamte geistige Leben der Gegenwart“ herausgab. Die Hefte, die eine ganz neue Zeitschriftengattung darstellten, sollten, durch Belehrung unterhalten und durch Unterhaltung belehren und also Bildung und Wissen, und zwar in volkstümlicher Weise, dem allgemeinen Verständnis zugänglich machen. „Nahezu 900 Hefte sind in den 74 Jahren, die seit der Gründung der Zeitschrift verlossen sind, erschienen. Sie stellen eine ganze Bibliothek dar, deren Umfang und Mannigfaltigkeit nicht weniger erstaunlich ist als ihr geistiges Niveau. Drei Vierteljahrhunderte deutscher Kultur spiegeln sich in diesen Heften in einer Reinheit und Klarheit, wie sie sonst nirgends zu finden ist. Hier wird in gewählter Form eine Auswahl des wirtlich Wertvollen aus dem geistigen Leben der letzten 75 Jahre geboten. Auf der Mitarbeiterliste stehen die besten und langvollsten Namen des deutschen Schrifttums verzeichnet, an ihrer Spitze Wilhelm Raabe und Theodor Storm, die viele ihrer erzählenden Arbeiten zuerst in „Westermanns Monatsheften“ erschienen liegen. Betrachtet man die Entwicklung der Zeitschrift, so fällt die enge Zeitverbundenheit auf. Immer hind ihre Lore dem Neuen aufgetan, sofern es nur wertvoll ist und Pflege verdient. Das gilt nicht nur für das Gebiet des Geistes, sondern auch für das der Technik, die sich in den 75 Jahren seit Gründung der Zeitschrift in ungeahnter Weise entwickelt und das Gesicht der Hefte im Laufe der Zeit grundlegend verändert hat. War im Anfang die Bebilderung, auf die Hervorhebung von Zeichnungen in Holzschnitt angewiesen, nur spärlich, so dehnte sie sich in dem Maße aus, wie die Reproduktionstechniken sich entwickelten. Heute ist das Bildmaterial von „Westermanns Monatsheften“ von einem kaum mehr zu überbietenden Reichtum und von einer technischen Vollendung, die den Sachmann immer wieder überrascht und den Laien entzückt, gleichviel, ob es sich um Bierarbeiten, Tiefdruck, Offsetdruck, Doppeltondruck oder den Druck von einfachen Autotypien handelt.

„Polnische Wirtschaft.“ Nach einer Demonstration in Lodz, in der gegen eine bereits mehrere Wochen zurückliegende „Rede des Ministers Trebinski Stellung genommen wurde, zogen die Demonstranten u. a. auch vor das Gebäude, in dem sich die deutsche sozialdemokratische „Lodzer Volkszeitung“ befindet. Nachdem einige Arbeiter, die den Eingang zu verteidigen suchten, niedergeschlagen waren, erklärten die Demonstranten das schwere eiserne Tor des Gebäudes. Auf dem Hof angelangt, versuchten die Angreifer zunächst die Redaktion zu demolieren; ihnen traten aber Arbeiter und jetzt auch Polizisten entgegen, die es jedoch nicht verhindern konnten, daß die ganze Hausfront mit einem Steinhaufen übersätet und dabei sämtliche Fensterscheiben nicht nur der Redaktion und Geschäftsstelle des Blattes, sondern auch von Privatwohnungen eingeschlagen wurden. Die Ausgabe der „Lodzer Volkszeitung“, in der über diese Vorfälle berichtet wurde, verfiel der Beschlagnahme. Auch in Katowitz zogen aus dem gleichen Anlaß Demonstranten vor die dortigen deutschen Zeitungen; hier wurden sie aber von der Polizei an etwa beabsichtigten Zerstörungen gehindert.

Schiedspruch für den Ruhrbergbau. Nach einem in den letzten Tagen gefaßten Schiedspruch des staatlichen Schlichters wird der vom Ruhrbergbauverband gekündigte Tarifvertrag für die Bergbaubetriebe im Ruhrgebiet bis zum 31. Dezember d. J. verlängert, um Zeit für neue und eingehendere Verhandlungen zu gewinnen. Während die Vertreter der Arbeiterorganisation dieser Entscheidung ihre Zustimmung gegeben haben, legten die Unternehmervertreter Protest ein, was vorausichtlich zu Nachverhandlungen im Reichsarbeitsministerium führen dürfte, ohne jedoch an der durch den Schiedspruch gegebenen Sachlage etwas ändern zu können. Die Unternehmer haben einschneidende Lohnherabsetzungen beantragt, wogegen die Arbeiterverbände Lohnerböschung fordereten.

Schadenersatz wegen „Tarifbruchs.“ Weil einzelne Arbeitergruppen in der nordwestdeutschen Eisen- und Stahlindustrie wegen Abbaues von Affordrängen vor einiger Zeit in Streik traten, hat nun der in Frage kommende Unternehmerverband beim Berliner Arbeitsgericht gegen den deutschen Metallarbeiterverband eine Schadenersatzklage in Höhe von 7000 M. eingereicht. Die Klage des Affordränges stand nach Ansicht der streikenden Arbeiter im Widerspruch mit dem vorjährigen Schiedspruch Sovereigns, während sich die Unternehmer darauf berufen, daß inzwischen ein neuer Tarif abgeschlossen und für verbindlich erklärt worden sei, der keinerlei Vorbehalte wegen Abänderung von Affordrängen enthalte, weshalb der Streik als Tarifbruch zu beurteilen sei, dessen Folgen die vertragsschließende Arbeiterorganisation zu tragen habe.

Die Tarife der „Volksfürsorge.“ Tarif I (ohne Gewinnbeteiligung). Es handelt sich um eine lebenslängliche reine Sterbegeldversicherung; bei der die versicherte Summe nur im Fall des Todes ausgezahlt wird. Die Prämienzahlungsbauer ist jedoch abgezinst und beträgt, je nach Vereinbarung, 10, 15 oder 20 Jahre. Nach diesem Tarif können nur Personen vom 21. Lebensjahr an aufgenommen werden. Mindestmonatsprämie 1 M.; Höchstversicherungs-summe 3000 M. Tarif II (mit Gewinnbeteiligung). Versicherungs-summe fällig bei Tod oder Ablauf der Versicherungszeit. Mindestmonatsprämie 2 M.; für Kinder und Jugendliche bis zum 20. Lebensjahr werden auch Versiche-

zungen mit 1 M. Monatsprämie angenommen. Höchst-
versicherungssumme 3000 M. Tarif O (Lebensversicherung
mit Gewinnbeteiligung). Versicherungssumme zahlbar bei
Tod oder nach Ablauf der Versicherung. Mindestverlei-
jahrsprämie 20 M.; Höchstversicherungssumme 10 000 M.
Fälligkeit der Versicherungsleistung: Allen Tarifen ge-
meinsam ist die Auszahlung der vollen Versicherungs-
summe bei Tod nach dem ersten Versicherungsjahr. Eine
Ausnahme hiervon bilden nur die speziellen Kinderver-
sicherungen, bei denen nach den Vorschriften des Gesetzes
die volle Versicherungssumme bei vorzeitigem Tode nur
dann ausgezahlt werden darf, wenn der Tod des Kindes
nach vollständigem siebenem Lebensjahre eintritt. Bei Tod
vor Ablauf des siebenem Lebensjahres werden nur die
eingesetzten Prämien mit Zins und Zinseszins aus-
gezahlt. Weiter ist allen Tarifen gemeinsam die Auszah-
lung der Versicherungssumme schon im ersten Versiche-
rungsjahr, wenn der Tod durch eine der im § 12 der
Voll- und § 11 der Lebensversicherungsbedingungen auf-
geführten Infektionskrankheiten, durch Unfall oder durch
die Folgen einer Entbindung eingetreten ist. Bei Tod durch
Unfall wird die doppelte Versicherungssumme ausgezahlt,
sofern eine Monatsprämie von mindestens 2 M. laufend
entrichtet wurde und der Tod innerhalb zweier Monate
nach dem Unfallereignis eintritt. Die Gewinnanteile wer-
den nach Maßgabe des jeweiligen jährlichen Überschusses
im Verhältnis der Jahresprämie festgelegt, mit Zins und
Zinseszins angeammelt und mit der Versicherungsleistung
ausgezahlt.

Dr. Heinz Potthoff folgt Erkelens. Dr. Heinz Potthoff,
der bekannte Arbeitsrechtler, ist dem Beispiel von Anton
Erkelens gefolgt und aus der demokratischen Partei aus-
getreten. Er hat an die Geschäftsstelle seiner bisherigen
Partei einen Brief gerichtet, in dem es u. a. heißt: „Die
Regierung wird im Wahlkampf keine Mehrheit er-
zwingen; darf es auch nicht, weil sie auf unredlichen, ge-
weiblichen Wege geht. Sie wird daher versuchen, ihren
Willen auch gegen den neuen Reichstag durchzuführen. Das
bedeutet nämlich nicht nur formalrechtliches, sondern auch
politisch sachliches Bruch der Weimarer Verfassung. Denn
der Reichspräsident darf wohl vom Reichstag an die Ge-
samtwahlerschaft (von der Volksvertretung an das Volk)
appellieren, aber nicht gegen Reichstag und Wählerchaft
regieren wollen. In dieser Verfassungsfrage muß ich zu
denjenigen Front treten, auf der die Rechte des Reichs-
tages verfochten werden. Ich habe daher meinen Beitritt
zur Sozialdemokratischen Partei Deutschlands erklärt und
sicherte damit aus der nur noch dem Namen nach bestehen-
den Deutschen Demokratischen Partei aus.“ Dr. Potthoff
kam mit Erkelens aus der Schule Naumanns. Er war in
jüngeren Jahren Sekretär des Handelsvertragsvereins und
von 1903 bis 1911 auch Mitglied des Reichstages für die
damalige Freiwirtschaftliche Vereinigung, die sich später mit
der Freiwirtschaftlichen Volkspartei zur Fortschrittlichen Volkspartei
verschmolz. Aus dieser ist 1919 die demokratische
Partei hervorgegangen. Mehrere Jahre war Potthoff Gen-
dant des Deutschen Wermetierverbandes. Als Arbeits-
rechtler hat Potthoff zahlreiche Schriften, u. a. über die
Lage der Privatbeamten, veröffentlicht.

Chorgefang und Reichstagswahl. Nach der staatspoliti-
schen Umwälzung im Jahre 1918 hat man auch von Re-
gierungsseite dem Gesang mehr Beachtung geschenkt. Dem
Schulgesang widmete man größere Aufmerksamkeit. Die
Schulung von Chorbrigaden setzte ein. Die Chorvereini-
gungen versuchte man durch Anerkennung der Gemein-
nützigkeit zu fördern. Der Chorgefang soll helfen, das
Chaos zu entwirren, das der Krieg im Gefühlsleben hinter-
lassen hat. Diese allgemeine Erklärung trifft nicht ganz den
Kern der Sache. Die im Jahre 1918 geänderten politischen
Verhältnisse brachten eine größere Bewegungsmöglichkeit
für das Chorleben. Weite Kreise, die im Obrigkeitsstaat
von der Wahrnehmung ihrer gesellschaftlichen Rechte aus-
geschlossen waren, wurden erfrischt. Vor allen Dingen gilt
das von den Kindern, Jugendlichen und Frauen. Das ist
Beweis genug, daß nur auf der Basis der Gleichberechti-
gung Chorgefangspflege erfolgreich sein kann. Daraus er-
gibt sich für die Chorverbände auch bei politischen Wahlen
die Schlussfolgerung: für eine Staatsform einzutreten, die
den Kampf um den Sozialismus ausstreichend erscheinen
läßt. Gerade die gegenwärtige Krise beweist, welche Mächte
sich der Förderung des Chorgefanges noch entgegenstellen.
Ihnen gilt der Kampf um das Recht auf Arbeit und Frei-
heit. Die Phrase vom Liebes, das die Schwere des täglichen
Lebens vergessen läßt, ist abgetan. Menschen, die durch

Bachtet den § 17 unseres Verbandsstatuts:

Mitglieder, die Kondition in einem andern Orte annehmen
wollen, sind verpflichtet, vor Annahme der Kondition über die
betreffende Firma dem zuständigen Gauvorsitzers-Einrichtungen
einzulegen. Die Auskunftserteilung bleibt lediglich dem Zweck,
die Kollegen vor Schaden zu bewahren; sie darf aber nicht
dazu führen, die Freizügigkeit innerhalb des Verbandesgebietes
zu unterbinden. Betriebs-, Orts- und Spartenvorsitzende haben
kein Recht zur Auskunftserteilung. Die Adressen der Gauvorsitzer
werden in bestimmten Verboten im „Korr.“ veröffentlicht.
Die erhaltenen Auskünfte ist mit dem Dultungsbuch dem Vorstand
des neuen Konditionsortes abzugeben.

**Arbeitslosigkeit, Nahrungs-, Kleidungs-, Wohnungs-
elend und Krankheit jede Freude am Leben verlieren, wer-
den nie den inneren Drang zum Singen verpirren. So liegt
nur in dem erfolgreich geführten Kampf der proletari-
schen Organisationen (Gewerkschaft, Genossenschaft, Partei)
die Garantie für die Entwicklung des Chorgefanges.**

Wahlrecht zum Reichstag am Wanderschaft. Nach § 12
des Reichswahlgesetzes vom 6. März 1924 können Wahl-
berechtigte, die sich am Tage der Reichstagswahl auf
Wanderschaft befinden, in jedem beliebigen Wahlmün-
del von ihrem Wahlrecht Gebrauch machen, voraus-
gesetzt, daß sie im Besitz eines Wahlzettelnes sind, der
ihnen vom Wahlamt ihrer Heimatbehörde, oder letzten
polizeilich gemeldeten Wohnortes, auf rechtmäßiges Be-
langen aus- und zugestellt worden ist.

Patentschau

Zusammengestellt vom Patentingenieur Gustav Weber,
S a m b u r g, Hohenwall 8, welcher den Lesern unseres
Blattes Kunst und Rat in allen Angelegenheiten des
gewerblichen Rechtsschutzes sowie der Bewertung von
Schutzmitteln bereitwillig erteilt.

Einspruchsstellenlauf für die Patentanmeldungen:
28. Oktober 1930.

Patentanmeldungen

- (veröffentlicht im „Patentblatt“ vom 28. August 1930):
- Nr. 15a Nr. 1600. Mergenthaler Schreibmaschinenfabrik G. m. b. H.,
Berlin N. 4. Matrizen- und Zeilenstellmaschine, bei
welcher das Leitrohr zum Zweck des Quadaufmachens
aus seiner Arbeitslage entfernt werden kann.
- Nr. 15a S. 87 629. Schreibmaschinenfabrik Remington G. m. b. H.,
Berlin O. 7. Andruckstrafe 40. Mit einem für un-
herbeweglichen Querteil zum Abblättern der Quäuf-
bühlung verlebene Gleisform für Weitermachmaschinen.

Patenterteilungen:

- Nr. 15c 506 968 Schnellverfesselfabrik Frankenthal Albert & Cie.,
Frankenthal, Pals. Matrizenräpfele.
- Nr. 15c 506 938 Maschinenfabrik Augsburg-Münchener AG.,
Augsburg. Wechsellager für Stereotypplatten.
- Nr. 15d 506 949. Dr. Albert Schickel, Dresden N. 24. Mähmann-
straße 3. Aus einem elastischen Gummi-Baumgummi bestehende
Bremse für Druck- und Fräseerzeugnisse.
- Nr. 15a 1 138 830 Mergenthaler Schreibmaschinenfabrik G. m. b. H.,
Berlin N. 4. Gaußlestraße 25. Einrichtung zum Frei-
machen des eingetragenen Zeichens bei der elektri-
schen Bezeichnung von Inportantischen Schmelzsteinen,
insbesondere für Matrizen- und Zeilen-
maschinen.
- Nr. 15a 1 138 877. Untersee Corporation, Brooklyn-New York.
B. E. G. Elektroskop zur Verbindung des Ausstöß-
schaltens mit dem vom Exzenter bewegten Ausstöß-
hebel.
- Nr. 15c 1 138 748 Schnellverfesselfabrik Frankenthal Albert & Cie.,
Frankenthal, Pals. Schmelzstein für Stereo-
typmaterial.

verschiedene Eingänge

Das Buch vom Bienen. Von Albert Eichlitz, Wohnungsnot
— Neue Technik — Neue Baukunst — Einleitung, 212 Seiten,
Anschlußpapier, Großformat, mit zahlreichen Illustrationen,
Papierlein, Einbandstern Jan. Schmidt (München). Ver-
lag der Buchvertriebs G. m. b. H., Berlin SW 61, 1930. Preis
4,80 M. (für Mitglieder Sonderpreis). Zum ersten Male wird
hier der Bienenbau, Bauwesen, Baumwirtschaft und Bau-
kunst in ihrer gesellschaftlichen Zusammenhänge dargestellt,
daß sie für den denkenden Arbeiter verständlich werden. Als
Ausgangspunkt sind grundsätzliche Methoden dienen die Grund-
gedanken der wissenschaftlichen Soziallehre. Die revolutionä-
re Auswirkung der modernen Baukunst wird ebenso
beleuchtet wie die Ausdehnung des Baupersonalstandes
und der großen Finanzinteressenbanken. Über 60 Bilder aus ver-
schiedensten Arbeitsstätten des Bauwesens sind ebenfalls
enthalten. In allgemeiner verständlicher Sprache geschrieben.
Text. Das Buch stellt die praktische Tagesarbeit, die im Bau-
wesen Wohnungsnot und Widerstand aufweisen ist, hinein in
den allgemeinen Zusammenhang, in das Werden einer Kultur
der arbeitenden Klasse, und betont (sonst die politischen Vor-
aussetzungen, an die der kulturelle Aufstieg der Arbeiterschaft
gebunden ist.

Briefkasten

A. G. in Basel und A. G. in Wien: Infolge harter Raum-
engpässe kann Zeit durch die innerschweizerische Lage bedingt
werden, wie mit der Übersetzung über den internationalen
Buchdruckerkongress erst in übernächster Nummer beginnen.
Grüß. — E. W. in S.: Antwort auf Mitteilung samt Bildern
dankend erhalten und über verständnisvolle Aufnahme des
Geschickes freuen, aber besagte Photographie werden wohl
andere Umstände dem Wunsch über den internationalen
Kongress — E. W. in W.: In der Sache könnte mehr Bemerk-
lichkeit werden, wenn die Unterstützung größer wäre, es also
weniger mit dem Gelebe der Arbeit geachtet werden würde.
— A. W. in O.: Von 25-jährigen Gesellschaftsmitgliedern wird im
„Korr.“ nur berichtet, wenn dabei ein bedeutender, namens-
wertes Beispiel der Firmen gegenüber den betreffenden (Be-
hörden in Frage kommt; solche Meldungen müssen außerdem
vom Vertrauensmann der Gesellschaft mitunterzeichnet sein.
— E. G. in H.: Inhalt des Briefes enthält durchaus unsere
Gewertungen auf und durch. — E. G. in G.: Bemerkung siehe
vorstehend. — A. G. in W.: Jul. 972: 640 M. — H. E. in
A.: Jul. 975: 705 M.

Verbandsnachrichten

Verbandsbüro: Berlin SW 61, Dreilindstraße 5. Fernruf:
Amt Bergmann Nr. 1191, 3141 bis 3145. Bankkonto: Bank der
Arbeiter, Angestellten und Beamten, Berlin SW 61, Ball-
straße 65. Postfachkonto Berlin Nr. 1029 (S. 24).

Wahlbedingungen an den „Korr.“ Das Postfachkonto Ver-
bandes Nr. 248 10 unter der Aufsicht des Korrespondenten für
Deutschlands Buchdrucker. Berlin SW 61.

Verbandsausbeleg

Kollegen, die das Verbandsausbeleg bestellen wollen, müssen
sich bis spätestens 11 Uhr vormittags im Zimmer 113, 3. Etage,
melden. Es findet nur eine tägliche Abholung statt; Ausnahmen,
z. B. vorherige Vereinbarung, können nicht mehr gemacht
werden.

Herausgabe eines neuen Adressenverzeichnisses

Anfang Oktober wird das Adressenverzeichnis der
Gauvorsitzer und -kassierer, der Bezirksvorsitzer und -kassierer,
der Vertrauensleute, der Zentralkommissionen und der Gau-
schreibmaschinenvereine herausgegeben. Die Gauvorsitzer werden erfrischt,
bis zum 10. September ein Verzeichnis aller in Frage kommen-
den Anschriften in ihrem Gau möglichst vollständig einzuenden,
womit die rechtliche Herstellung des Adressenverzeichnisses ge-
währleistet wird. Bei Postfachkonten ist außer der Angabe der
Nummer auch die Anschrift mit anzugeben.

Der Verbandsvorstand.

Adressenveränderungen

Gülfrow i. M. Kasserer: Otto Schneider, Schwaner
Straße 1, I.

Zur Aufnahme gemeldet

(Eintragsnummer innerhalb 14 Tagen an die bezielte Adresse):
Im Gau Weipatz der Bruder Franz Frischke, nach in
Weipatz-Deutschendorf 1884, aus Weipatz 1903; vorher schon
Witalied. — W. Sittler in Weipatz, Brückstraße 9, I.

Heife- und Arbeitslosenunterstützung

Gau Schöffen. Dem Druckerkollegen Heinrich Griebel
(Saubachnummer 180 565) ist sein Buch (8832 Bayern) in
Goldberg in Schöffen abhanden gekommen; es wird hiermit
für ungültig erklärt. Beim eventuellen Vorliegen ist das Buch
abzugeben und der Hauptverwaltung einzuhandeln.
Waldenburg i. S. G. H. Der nichtabgerechnete Kollege
Karl B. B. B. aus Kollau bei Weizner (Saubachnummer
137 883) hat sich seit 1. Januar 1929 nicht mehr gemeldet. Sühner
wird ersucht, dies bis zum 17. September 1930 bei dem Bezirks-
kassierer Kollegen H. S. L. in Waldenburg, Neue Straße 1, zu
unserem Anstellungsverhältnis zu erklären.
Wien. Die Auszahlung des Ortsausbeleges erfolgt
nur noch an Ausgelieherte und Mitgliedsberechtigte in der
Bunddruckerei G. Dämmeler, Friedrich-Ubert-Straße 13.

Veranstaltungskalender

- Altendorf i. Thür.** Versammlung Sonntag, den 12. Sep-
tember, abends 7 1/2 Uhr, im „Volkshaus“.
- Bonn.** Bezirksversammlung Sonntag, den 28. Ok-
tober, vormittags 10 Uhr, in der Brühlstraße — Anträge
bis 12. Oktober an den Vorsitzenden.
- Gräfenhainchen.** Versammlung Sonntag, den 10. Sep-
tember, abends 8 Uhr, im Vereinslokal.
- Hannover-Land.** Bezirksversammlung Sonntag, den 5. Ok-
tober, im „Volkshaus“ in Hannover.
- Kassel.** Druckerversammlung Sonntag, den 18. Sep-
tember, abends 8 Uhr, im Vereinslokal.
- Stettin.** Versammlung Sonntag, den 10. September,
abends 8 Uhr, in den „Fronsdorfer-Sälen“, Dirrenallee 24.
— Uhrzeit: 8 Uhr in der Versammlung, abends 8 Uhr
im Vereinslokal Scherbart, Wittlupstraße 31, Stettin.
- Waldenburg i. S. G. H.** Versammlung Sonntag, den
18. September, abends 7 Uhr, im „Goldenen Stern“,
Gottesberger Straße.
- Wittenberg (Bez. Halle).** Versammlung Sonntag, den
18. September, abends 8 Uhr, im „Gewerkschaftsbaus“,
Kurlückstraße.

Anzeigenpreise: 15 Pf. die nebengehaltene Millimeterhöhe für Stellen-
gesuche und -angebote sowie für Anzeigen kollegialer Herkunft (d. h. Vereins-,
Fortbildungs- und Todesanzeigen); 50 Pf. für Anzeigen geschäftlicher Art

Anzeigen

Annahmeschluss: Montag und Donnerstag früh für die jeweilig nächst-
erscheinende Nummer. Anzeigenaufgaben für den „Korrespondent“ mög-
lichst nur durch Einzahlung auf das Postfachkonto Berlin NW Nr. 268 10

„Der Kampf um die Kleinschrift“
Über dieses Thema spricht Herr Dr. W. Porsmann
am Freitag, dem 12. September, 20 Uhr, im großen
Saale des „Berliner Klubhauses“, Ohmstraße 2
Ortsgruppe Berlin - BdDB

Eine Spitzenleistung Ia „Blaue Kluff“
Jacken 2,00, 2,35, 2,80 3,60 M. Hosen 10 Pf. mehr.
Stoffproben umsonst.
**Schlesische Wäsche-Werkstätten,
Bad Warmbrunn.**

Sonig billiger!
100-Pfund-Wäsche, garantiert
naturrein, echt. Olenen-Ölsten-
Seifenherstellung 9,20 M. Wäsche
extra. Sonstige Details in der
Pinnberg 31. Viele Anzeigen-
nungen. Garantie Zurück. 1927
Sonnyhpfeker
In Werkdrucker findet nur
guter, leistungsstarker
für einige Wochen Arbeit.
Offerten unter Z. 970 an die
Geschäftsstelle des „Korr.“

zum Verkauf
eines gut absehbar geminn-
bringenden Druckerbetriebs-
artikels (D.R.G.M.) (siehe ich
überall Vertreter.
Anfragen unter R. L. 920 an
die Geschäftsstelle des „Korr.“

unterkunft auf der Woch-
ab 1. Oktober
sucht Kollege in Berlin (Nähe
Haller Bahnhof).
Angebote unter R. 968 an die
Geschäftsstelle des „Korr.“

**Alleinstehender
invalider Kollege**
findet billiges, ein- bis invalider
Kollegen im Teuburger Wald.
O. Schmidt, Kohlstraße Nr. 55
(Tippel).
Straßenb. Vorderbom-Delmoib.

**In drei Tagen
Nichtmacher**
Auskunft kostenlos.
Sanitäts-Depot, Halle a. S. 175 L.

**Radio (neue Mod.) von Telefunken, Lorenz, Selbi, Siemens,
Ideal, Nora, Mende, Philips, AEG, Tesla, Loewe usw.
Laufsprecher, alle fabrikate. — bis 12 Monatsraten.
Die Schreibmaschine für 48 Mark**
Anzahlung 25 M. u. zwei Monatsrat. v. 14 M., Porto 1,50 M.
Photoapparate, ferngläser, heimkino usw.
Bücher, Werke, Legka liefert gegen bar und auf Teilzahlung
Kollege Paul Frick, Berlin-Neukölln, Alterstraße 10/19.
Prospekte verlangen. Postfachkonto Berlin 539 47.

**Am 4. September ver-
storb nach kurzer Krank-
heit unser lieber Kollege,
der Faktor** 1975

Anton Zuplein
aus Wellerode, im
Alter von 62 Jahren.
Der Verstorbene hat sich
während seiner 38-jährigen
Mitgliedschaft stets als
treuer und aufrechter So-
ziale erwiesen. Die werden
seiner stets ehrend ge-
denkt.
O.-D. Hildburghausen.
Bezirksverein Koburg.

**Am 2. September ver-
storb nach langjähriger
Krankheit, der Seher** 1972

Friedrich Hilde
im 58. Lebensjahre.
Der Verstorbene in dem
Verstorbenen einen lieben,
treuen Kollegen, welcher
unermüdet für uns tätig
war. Sein Andenken wer-
den wir stets in Ehren
halten.
Ortsverein
„Eutenberg“ Ostrow.

**Am 1. September ver-
storb im Alter von 62 Jah-
ren nach längerer Krank-
heit der Seher** 1969

Ernst Haake
aus Erfurt. In dem Ver-
storblichen werden wir
einen allseitig lebens-
würdigen Kollegen, einen
ebenen Menschen und treuen
Wegenossen, dessen An-
denken bei uns in Ehren
bleibt.
Bezirksverein Mainz.

**Am 2. September ver-
storb nach langjähriger
Krankheit unser lieber Kollege,
der Seher** 1965

Karl Käufer
im 62. Lebensjahre.
Ehre seinem Andenken!
Die Maschinenfabrik
der Buchdruckerei
Rudolf Hoffe, Berlin.

**Am 2. September ver-
storb nach längerer Krank-
heit unser lieber Kollege,
der Seher** 1965

Alwin Schumich
im 49. Lebensjahre.
Wir werden das An-
denken dieses Kollegen
stets in Ehren halten.
Dresden,
den 1. September 1930.
— Die Kollegen der
„Dresdener Neueste
Nachrichten“.

**Am 2. September ver-
storb nach langjähriger
Krankheit unser lieber Kollege,
der Seher** 1965

Johannes Weis
aus Rappertshausen, im
Alter von 83 Jahren.
Ein ehrendes Andenken
bewahrt ihm
Ortsverein Stettin.